

INFORMATIONEN – NACHRICHTEN – MITTEILUNGEN

# POLIZEI REPORT

G 6825

ISSN 0937-535 X

Nr. 111 · Dez. 2012



Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden Hessen und  
Hessische Bereitschaftspolizei in der Gewerkschaft der Polizei, Polizei-Sozialhilfe Hessen e.V.  
und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

## INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN



### LIEBE KOLLEGIN, LIEBER KOLLEGE!

In den Tagen vor der beginnenden Adventszeit ist es guter Brauch, sich umzudrehen und zurück zu schauen. Was hat das dem Ende neigende Jahr für uns Polizeibeschäftigte gebracht?

Ohne die einzelnen Ereignisse hervorzuheben war das beherrschende Thema sicherlich die zunehmende Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft. Egal, ob bei den täglichen dienstlichen Anlässen, in geschlossenen Einsätzen innerhalb oder auch außerhalb Hessens, war und ist die zunehmende Gewalt gegenüber unserem Berufsstand allgegenwärtig. Mit der Folge, dass immer häufiger unsere Kolleginnen und Kollegen verletzt werden und damit dienstunfähig. Damit verdichtet sich die Arbeit für diejenigen, die Gesund sind und die Arbeit mit erledigen müssen. Innerhalb der Bevölkerung genießt die Polizei ein hohes Maß an Vertrauen. Das belegen immer wieder Umfragen, die Deutschlandweit durchgeführt werden. Wenn wie zuletzt Vorwürfe gegenüber der Polizei in der medialen Welt zum Anlass genommen werden, sprichwörtliche Vorverurteilungen auszusprechen, müssen wir hier alle dagegen halten.

*Es ist schon eine Ungeheuerlichkeit ersten Grades, wenn in den vergangenen Tagen nach einem Vorfall in Frankfurt der Polizei im Allgemeinen Rassismus und Gesetzeslosigkeit vorgeworfen wird.*

Insbesondere aus dem Munde von führenden Politikern ist dies eine Schande und spiegelt die Tatsache wider, welche Wertschätzung unseren Kolleginnen und Kollegen zukommt, die täglich dafür sorgen, dass wir in einer sicheren Gesellschaft leben können. Während laufender Ermittlungen ist es guter Brauch, sich zu solchen Vorfällen nicht zu äußern, um

# POLIZEI REPORT



Peter Wittig



Ralf Humpf



Jens Mohrherr

Die Redaktion informiert	4
Tarif- und Besoldungsrunde 2012	5
Erfolgreiche Mitgliederwerbung	5
LKA-Ruheständler auf Sommertour	7
Sicherheit in Fußballstadien	7
Kart-Kup 2012	12
Hauptpersonalräte im Dialog	13
Kreisgruppe MTK	16
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	17
Tagesausflug der Senioren	17
Todeschüsse werden nicht vergessen	20
Kooperation	22
Verbesserungen müssen ankommen	23
Mitbestimmung zur Rufbereitschaft	24
Fachreferat rund um die Beihilfe	25
Fahrtrainingszentrum erweitert	28
Cops After Work Party	29
GdP fordert funktionalen Autositz	31
PAL 53B in Marburg	32
Burnout	33
Nachruf	35
Aus dem Gerichtssaal	36
32. Skatturnier	37
Schlusspunkt	38

# Journal

# DIE REDAKTION INFORMIERT

nicht ansatzweise Raum für Vorverurteilungen zuzulassen.

Die Polizei hat nach Recht und Gesetz zu handeln und im Besonderen die Menschenwürde zu achten. Das bedeutet konkret, dass Übergriffe, Beleidigungen oder Erniedrigungen von Polizisten gegenüber Mitbürgern rechtlich zu ahnden sind.

Sollte ein Fehlverhalten der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten festgestellt werden, haben sie sich entsprechend zu verantworten.

Bevor dies jedoch nicht belastbar feststeht, verwahren wir uns insbesondere gegen diese pauschalen Vorverurteilungen aller Polizisten!

## TEILHABE AN DER ALLGEMEINEN EINKOMMENSENTWICKLUNG.

Natürlich erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen auch, dass ihre Einkommensverhältnisse den ansteigenden Preisen und der Inflationsrate deutlich angepasst werden. Dass vieles teurer wird, spüren die Familien und Kinder unserer Kolleginnen und Kollegen besonders deutlich. Ob und inwieweit die hessischen Beamtinnen und Beamten wieder vom Tarifiergebnis abgekoppelt werden sollen, bleibt zunächst Spekulation. Wir erwarten jedoch von unserem Dienstherrn, dass wir auch an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.

Es muss auch spürbar etwas im Streifenwagen ankommen.

Das waren die markigen Worte unseres ehemaligen Innenministers und heutigen Ministerpräsidenten Bouffier. Er sprach in seiner Äußerung von Beförderungsmöglichkeiten, die im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn und mit dem Überleitungsabschlussgesetz geschaffen wurden.

Heute wissen wir alle, wie schwierig oder gar nahezu ausgeschlossen es ist, unsere Kolleginnen und Kollegen auf den Basisdienststellen mit Beförderungen zu bedienen, egal ob übergeleitet oder fachgeprüft.

## DIE STELLENSITUATION BEI DER HESSISCHEN POLIZEI IST EINE EINZIGE KATASTROPHE.

Es darf sehr wohl der Blick in andere Ressorts geworfen werden, in denen auch Polizeivollzugsbeamte/innen ihren Dienst versehen. Und wir sprechen dann sehr schnell auch über ein Landespolizeipräsidium (LPP).

Aber der Blick wird dann schnell auch sehr trübe, wenn es dort gängige Praxis ist, schnell wie der Wind durch alle Beförderungsstufen zu fliegen.

Macht euch mal die Mühe und schaut euch im Intranet die Veröffentlichungen zu Beförderungen an oder werft mal einen Blick in das Organigramm des LPP, dort sind auch Dienstgrade abgebildet.

Aber nicht erschrecken, ihr werdet euch sehr oft wundern, genauso wie wir als GdP.

Das alles wird damit begründet, dass die Stellenbewirtschaftung ja eine andere sei. Dort ist also scheinbar alles anders; also anders als bei den Kolleginnen und Kollegen auf der Straße oder auf den Basisdienststellen. Und wir dachten eigentlich, dass wir eine Polizei sind und wir nicht mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen werden.

Die hessische Polizei benötigt dringend flächendeckende Stellenhebungen, um auch alle Beschäftigten die Wertschätzung zukommen zu lassen, die sie verdienen.

Und wir sprechen hier nicht von einer handvoll Beförderungsmöglichkeiten; deutliche Zeichen erwarten wir hier von der Politik.

Gleiches gilt für das Zulagenwesen für Schichtleistende. Es ist einfach ungeheuerlich, wenn in Hessen Föderalismus gepredigt wird, aber die hoch belastenden Schichtleistenden mit einer Zulage für DuZ aus dem Jahre 2006 abgespeist werden.

Handeln ist angesagt!

Zuletzt bleibt noch der Ausblick in das neue Jahr. Hoffentlich wird nicht die selbst herbeigeführte Geißel „Schuldenbremse“ der Gratmesser jedweder Ausgabenentscheidung. Innere Sicherheit ist und bleibt ein Bereich, in dem jeder Euro gut investiert ist!

Wir wünschen euch allen, euren Familien Freunden und Angehörigen vor allen Dingen Gesundheit im kommenden Jahr.

Eure Redaktion ■

### Immer dann ...

... wenn die Liebe nicht ganz reicht,  
wünsche ich Dir Großherzigkeit.

... wenn Du verständlicherweise auf  
Revanche sinnst,  
wünsche ich Dir Mut zum Verzeihen.

... wenn sich bei Dir das Misstrauen  
rührt,  
wünsche ich dir einen Vorschuss an  
Vertrauen.

... wenn Du mehr haben willst,  
wünsche ich Dir die Sorglosigkeit der Vögel  
am Himmel.

... wenn Du Dich über die Dummheit  
anderer ärgerst,  
wünsche ich Dir ein herzhaftes Lachen.

... wenn Dir der Kragen platzt,  
wünsche ich Dir tiefes Durchatmen.

... wenn Du Dich einsam und verlassen  
fühlst,  
wünsche ich Dir ein Licht in der  
Dunkelheit.

Verfasser leider unbekannt

Ein schönes Weihnachtsfest und ein gesundes und glückliches Jahr 2013

wünschen Euch und Euren Familien

die Vorstände Eurer GdP Bezirksgruppen,

sowie das Redaktionsteam des Polizei-Reports und der Verlag.

Allen Kolleginnen und Kollegen, die an den Feiertagen im Einsatz sind, wünschen wir einen ruhigen und friedlichen Dienst.



# TARIF- UND BESOLDUNGSRUNDE 2013

## AUFTAKTVERANSTALTUNG FÜR HESSEN – WIE GEHT ES WEITER?

Am 11. Oktober 2012 fand in Gießen die landesbezirkliche Auftaktveranstaltung zur Tarif- und Besoldungsrunde 2013 für den öffentlichen Dienst in Hessen statt.

Bei dieser Veranstaltung ging es noch nicht um Inhalte bzw. Gewerkschaftsforderungen, sondern in erster Linie um Planungen, Vorbereitungen, erste Einschätzungen, Ausgangslagen und Rahmenbedingungen.

Zunächst einmal wird durch die mit verhandelnden Gewerkschaften, also auch die GdP Hessen, die Entgeltregelung für die Jahre 2011 und 2012 mit Ablauf 31.12.2012 gekündigt. Dies ist Grundlage für Neuverhandlungen mit der Arbeitgeberseite. Des Weiteren wurde bereits die Urlaubsregelung nach § 26 TV-H durch den hessischen Innenminister gekündigt. Dies musste auch aus dem Grund geschehen, da das Bundesarbeitsgericht (BAG) die altersmäßige Staffelung für rechtswidrig erklärte, weil sie, so das BAG, eine unzulässige Diskriminierung wegen des Lebensalters darstellt. Dies bedeutet, dass die GdP keine reine Entgelttrunde diskutiert, sondern auch über eine Neuregelung im Urlaubsrecht mit dem Land Hessen verhandeln wird.

Nicht von der arbeitgeberseitigen Kündigung erfasst sind die in § 15 TVÜ-H geregelten zusätzlichen 3 Urlaubstage ab dem vollendeten 50. Lebensjahr, bis einschließlich Jahrgang 1969. Daher kann man davon ausgehen, dass dieser Paragraph auch so bestehen bleibt.

Bevor allerdings in Hessen verhandelt wird, treffen sich die Bundestarifkommissionen aller mitverhandelnden Gewerkschaften am 10. und 11. Dezember 2012 in Berlin, um Tarifforderungen sowie die Neuregelungen zum Urlaubsrecht für den TV-L (alle Bundesländer außer Hessen) zu beschließen.

Diesen Forderungen werden sich aller Voraussicht nach auch die für das Land Hessen verhandelnden Tarifkommissionen der Gewerkschaften anschließen.

Dies ergibt sich auch aus der weiterhin angestrebten Paralleltät zum TV-L.

### NEUE ENTGELTORDNUNG HESSEN

Neben den Entgeltverhandlungen und der Neuregelung des Urlaubs haben wir mit dem Land Hessen Verhandlungen zu einer „Neuen Entgeltordnung“ zu führen. Diese Entgeltordnung wird dann die Eingruppierungsregelungen des BAT ersetzen. Alle anderen Bundesländer haben diese „Neue Entgeltordnung“ bereits. Auf deren Grundlage werden wir in Hessen verhandeln. Die Auftaktrunde dazu wird am 02. November 2012 im HMdluS in Wiesbaden stattfinden. Bei diesem Termin wird es aber noch nicht um Einzelheiten bzw. spezifische Inhalte gehen, sondern die Gewerkschaften werden den Arbeitgebern eine Auflistung arbeitgeberseitiger erlasslicher Regelungen von Eingruppierungen zur Implementierung in eine Entgeltordnung zum TV-H übergeben. Ebenfalls soll eine Verständigung über die Organisation und die zeitlichen Abläufe des Verhandlungsprozesses erfolgen. Die Tarifvertragsparteien haben einen möglichen Abschluss mit Wirkung zum 01. Januar 2014 vorgesehen. Daher ist es erforderlich, zeitversetzt zu den Entgeltverhandlungen auch diese Verhandlungen zu führen, da diese Vorhaben sonst zeitlich nicht zu realisieren wären.

Wir müssen das Rad in Hessen auch nicht neu erfinden, aber hessenspezifische Regelungen wird es im TV-H aller Voraussicht nach auch geben.

Über unsere Medien halten wir euch auf dem Laufenden.

Heinz Schiskowsky ■

## ERFOLGREICHE MITGLIEDERWERBUNG IN GIESSEN

Am 04.09.2012 war es schon wieder soweit. 47 PK-A und KK-A konnten sich am zweiten Tag ihrer Polizeikarriere bei den Berufsvertretungen informieren und für sich die Entscheidung treffen, einer Gewerkschaft beizutreten oder ohne die vielfältigen Vorteile ins Berufsleben zu starten.

In gewohnter Weise standen Holger Schmidt und Kerstin Wöhe von der Kreisgruppe Gießen sowie Peter Tilger von der Kreisgruppe Bepo Lich den jungen Polizeianwärtern Rede und Antwort. Nach den Präsentationen der verschiedenen Berufsvertretungen konnten die jungen Kolleginnen und Kollegen rund um das Thema Gewerkschaft Fragen stellen, die durch die Gewerkschaftsvertreter umfassend beantwortet werden konnten. Überraschend hatten sieben Studierende noch keine Bleibe im Raum Gießen gefunden und fragten deshalb nach Unterbringungsmöglichkeiten. Hier konnte Peter Tilger helfen und gleich nach der Veranstaltung sieben Wohnungssuchende zur Bepo

nach Lich lotsen sowie für die dortige kostengünstige Unterbringung bei der II. BPA sorgen.

Die erfolgreiche Veranstaltung mit der Betreuung in der Folgewoche führte zum Eintritt von 32 Studierenden in die GdP, was einer Quote von 68 % entspricht.

Insgesamt konnte die GdP in Hessen zu diesem Einstellungstermin 74 % aller Anwärter/innen für die Gewerkschaft begeistern. Danke dafür!

Peter Tilger ■



# LKA-RUHESTÄNDLER AUF SOMMERTOUR

## AUSFLUG FÜHRT ZU BEKANNTEM ZIEL

Bei idealen Sommertemperaturen starteten die LKA-Ruheständler mit einem bis auf den letzten Platz besetzten Bus wieder einmal zu einer Ausflugsfahrt, wobei die Verantwortlichen den Wünschen zahlreicher Kolleginnen und Kollegen Rechnung trugen und erneut den Besuch der bekannten „Krombacher Brauerei“ als Ziel wählten.

Mit einem Bus des Reiseunternehmens Wahl aus Bechtheim ging es wie geplant um 08.00 Uhr ab Wiesbaden-Hauptbahnhof los und alle waren erfreut, dass sich auch dieses Jahr Arthur Wahl, unser allseits bekannter ehemaliger Kollege der HPA nicht nehmen ließ, uns zu chauffieren.

Leider überstiegen die Anmeldungen die Kapazitäten, so dass nicht alle teilnehmen konnten. Wir werden uns bemühen, bei entsprechendem Interesse zukünftig einen weiteren Bus zu organisieren.

Unterwegs gab es einen kurzen Halt, um jedem Gelegenheit zu einem kleinen Bummel und Imbiss zu geben. Danach

ging's allerdings gleich weiter zu unserem eigentlichen Ziel, zur Besichtigung der bekannten Brauerei nach Krombach, wo wir pünktlich um 11.00 Uhr eintrafen.

Nachdem unser Bus einen eigens für uns reservierten Parkplatz ansteuerte, führte uns zunächst eine nette Crew in einen Filmvorführraum, wo wir herzlich begrüßt wurden. Wir wurden dann alle mit einer „Übertragungstechnik“ ausgestattet, um eine optimale Verständigung sicherzustellen. Dann zeigte man uns einen interessanten Filmvortrag, mit wie viel Aufwand und Sorgfalt Bier gebraut wird.

Der Weg führte uns weiter in das Sudhaus, den Gärkeller und zu dem Abfüll- und Logistikzentrum mit der vollautomatischen Abfüll-Linie, die sage und schreibe 360.000 Flaschen in der Stunde füllt.

Den krönenden Abschluss der Brauereibesichtigung erlebten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer jedoch in der betriebseigenen „Braustube“, wo wir einen wahrhaft deftigen „Krombacher Drei-

klang“, bestehend aus Schinken, Schanzenbrot sowie Butter und frisch Gezapftes serviert bekamen.

Ein wahrhaft einmaliger Besucherservice, für den zwar ab diesem Jahr ein Unkostenbeitrag erhoben wird, der allerdings für uns reduziert wurde. Danach hieß es Abschied nehmen, und es war schön festzustellen, dass alle rundherum zufrieden waren.

Es ging dann weiter nach Limburg, wo ein Halt für eine Kaffeepause eingeplant war, die von den Kolleginnen und Kollegen gerne genutzt wurde.

Wie geplant trafen wir nach einem erlebnisreichen Busausflug nicht allzu spät wohl behalten wieder zu Hause ein.

Ein Dankeschön gebührt unserem Fahrer Arthur Wahl, der unterhaltsam dazu beitrug, dass wir wieder einmal einen schönen Tag erleben konnten.

Karl Donecker ■

## TOP-THEMA SICHERHEIT IN FUSSBALLSTADIEN



## GEWALT IN FUSSBALLSTADIEN MASSNAHMEN ZUR VERBESSERUNG DER SICHERHEIT WERDEN GEPRÜFT

Nachdem die Gewalt in Fußballstadien in den Spielklassen der deutschen Bundesliga zum wiederholten Mal mehrfach eskalierte, wurde der Ruf nach einer verbesserten Sicherheitsarchitektur immer lauter. Die Deutsche Fußball Liga (DFL), der Deutsche Fußball Bund (DFB) und die Länderinnenminister und der Bundesinnenminister luden zu „Runden Tischen“ ein. Fanbeauftragte, Fanclubs und Szenekundige Beamte der Länderpolizeien brachten sich ein. Auch der hessische Landtag hat sich mit der Sicherheit in Fußballstadien beschäftigt. In einer Anfrage mehrerer Abgeordneter des hessischen Landtages wurden Fragen rund um das Thema Sicherheit bei Fußballspielen gestellt. Erklärtes Ziel sei es, so der Innenminister, die Gewährleistung von friedlichen Fußballspielen zu ermöglichen. Familien und Fans dürften keine Angst haben, wenn sie zu Fußballspielen gehen. Die DFL indes hat ein Strategiepapier zum Thema Sicherheit in den Fußballstadien erstellt. Dieses wurde prompt von einigen Fangruppierungen der Bundesligisten erheblich kritisiert. In einigen Fan-Foren ist zu lesen, „dass man offensichtlich einen finalen Schlag gegen die Fankultur plane“. Die DFL verteidigt das Strategiepapier und hält dagegen. DFL Vizepräsident Harald Strutz entgegnet auf Anfrage, „dass sich das Papier nicht gegen die Fans richte, sondern gegen die gewaltbereiten sogenannten Fans, die sich im Lichte der Öffentlichkeit präsentieren wollen und die Fußballspiele als Bühnensmissbrauch, so“. Mithin unterstützt das Land Hessen Fanprojekte mit eigens dafür bereitgestellten Mitteln. In Kassel und in Wiesbaden entstehen erstmalig Fanprojekte. Diese sollen auch finanziell gefördert werden und so sollen allen hessischen Fanprojekten bis zu 53.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Boris Rhein stellt fest, dass insbesondere die heterogenen Szenen der einzelnen Ultragruppierungen eine große Herausforderung darstellen, da die Ultra-Gruppierungen eine große Anziehungskraft, insbesondere auch auf junge Menschen ausüben. Aktuell bereiten die zahlenmäßig großen und heterogenen Ultra-Gruppierungen mit einem Altersdurchschnitt von 15 bis 25 Jahren und einem teilweise starken Zulauf sowie einer großen Anzahl an Mitläufern („erlebnisorientierte Jugendliche“) die Probleme. Parallel mangelt es den Ultrabewegungen an Dialogbereitschaften zu und mit den Si-

cherheitsorganen. Erklärtes Ziel sei es, so der hessische Innenminister, einen „spieltagsorientierten Dialog“ herzustellen, der von Vereinen, Polizei, Fanprojekten und Fanbeauftragten geführt werden soll. Dabei soll insbesondere Transparenz in vereinssseitige und polizeiliche Maßnahmen gebracht werden und die Nachbereitung von besonderen Vorfällen retrograd erfolgen. Das Strategiepapier der DFL trägt als Titel: Sicheres Stadionerlebnis. Es ist ein Maßnahmenkatalog, der von der durch die DFL eingesetzten Sicherheitskommis-



sion erstellt wurde. Grundlage waren die Grundsatzbeschlüsse des Berliner Sicherheitsgipfels im Sommer dieses Jahres. Das Strategiepapier wurde bereits den Bundesligisten der 1. und 2. Liga übersendet und entsprechende Stellungnahmen dazu angefordert. Der Ligaverband wird sich Ende 2012 dann zu einer Beschlussfassung treffen. Das DFL-Papier setzt mit seinen wichtigsten Maßnahmen sowohl bei Klubs als auch Fans an.

Vereine sollen Versäumnisse bei der Gewaltbekämpfung sowie Verstöße gegen künftig zum Lizenzverfahren gehörende und damit aufgewertete Sicherheitsvorschriften durch Strafen und besonders die anteilige oder gar komplette Sperrung ihrer TV-Gelder teuer bezahlen müssen. Außerdem drohen bei wiederholten Kravallen während Auswärtsspielen für weitere Gastspiele des jeweiligen Klubs Kürzungen von Kartenkontingenten von zehn auf fünf Prozent sowie die Streichung sämtlicher Stehplatz-Tickets.

Darüber hinaus sollen Fan-Klubs ohne Einigung mit ihren Vereinen auf gewaltfreies Verhalten keine Eintrittskarten mehr bekommen oder bei Verstößen gegen diese Vereinbarungen Sonderrechte für Spezialaktionen auf den Tribünen ent-

zogen bekommen, stellt der Sport- und Informationsdienst (sid) fest.

### DIALOGBEREITSCHAFT HERSTELLEN

Nicht nur Ultragruppierungen lehnen oftmals einen Dialog mit Sicherheitsorganen ab. Auch Vereine haben, dies wurde unter anderem am Verhalten von Fanclubs beim 1. FC Köln in diesem Jahr deutlich, ebenfalls keine durchgehende Kommunikation mit ihren Fanclubs.

Sogenannte Fans des Kölner Renommier Vereins hatten an mehreren Wo-

chenenden für Schlagzeilen gesorgt, als sie beispielsweise auf Rastplätzen Fans anderer Mannschaften gewalttätig angriffen. Die einzig richtige Folge war der Entzug der Fanclubprivilegien. Blockfahnen und Banner des entsprechenden Fanclubs waren fortan im Rhein-Energie Stadion in Köln dieses Fanclubs nicht mehr gestattet. Verbindliche Vereinbarungen zwischen Vereinen und Fanclubs müssen daher dringend geschlossen werden, damit entsprechende Sanktionen durch die Vereine transparent dargestellt werden und damit auch als Abschreckung dienen.

### GEFAHR PYROTECHNIK

Welcher Stadionbesucher möchte sich nahezu an jedem Spieltag der Gefahr von pyrotechnischen Gegenständen ausgesetzt sehen, den sogenannte Fangruppierungen regelmäßig in Fanblöcken abbrennen? Es stellt sich immer wieder die Frage, wie die pyrotechnischen Gegenstände in die Stadien und Arenen gelangen. Die eingesetzten Sicherheitsdienste (Ordner), die mit den Einlasskontrollen beauftragt sind, machen hier oftmals keine gute Figur. Eine Forderung nach dem Einsatz zertifizierter Sicherheitsdienste in den Stadien der Bundesliga, die eine

Optimierung der Qualität und Quantität des Ordnungsdienstes zur Folge hat, ist zu begrüßen. Daneben stehen auch Überlegungen an, für die Durchführung von Durchsuchungsmaßnahmen an den Stadionszugängen ggf. die Öffnungszeiten vor den Spielen vorzulegen, um ausreichend Zeit für anlassbezogene Kontrollmaßnahmen zu haben. Qualifiziertes Sicherheitspersonal gibt es nicht umsonst. Die dort Beschäftigten Menschen müssen entsprechend entlohnt werden.

### FEINDBILD POLIZEI

Auch die Polizei rückt zunehmend als Feindbild in den Fokus der „Chaoten“. „An die GdP-Fickt Euch ins Knie – Für Immer ACAB!“ lautete die Nachricht, die die „Ultras Frankfurt 1997“ den Zuschauern, Spielern und den eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten beim Heimspiel der Eintracht gegen den Hamburger SV am 20. September 2009 auf einem nicht



zu übersehenden Banner überbrachten. Auch am Sperrzaun hinter einem der Tore verhehlten sogenannte Fußball-Fans ihre Einstellung gegenüber der Polizei keineswegs; ein (vermutlich) Schwein in Uniform grinste dort fies von einem schwarzen Banner. Wieder ist die Buchstabenkombination „A.C.A.B.“ gut lesbar aufgemalt. Dahinter verbirgt sich die allen Polizistinnen und Polizisten sehr wohl bekannte, hässliche Verunglimpfung „all cops are bastards“.

Eines scheint klar: auf der Seite einer überschaubar großen Gruppe sogenannter Fußball-Fans manifestiert sich der Hass auf die Polizei.

Häufig richten sich die Aggressionen dieser Gruppen gegen eingesetzte Polizeikräfte, sei es durch Beleidigungen (z.B. all cops are bastards) oder durch gezielte Gewalt. Oftmals werden die Polizistinnen und Polizisten, deren Aufgabe es ist, in erster Linie außerhalb des Stadions

und auf den An- und Abreisewegen vor allem die Sicherheit der friedlichen Fans zu schützen und rivalisierende Fangruppen zu trennen, zum gemeinsamen Angriffsziel beider gegnerischer Fanlager. Die Anzahl verletzter Polizisten ist nach den Erhebungen der Zentrale Informationsstelle Sporteinsätze (ZIS) in der Saison 2010/2011 auf 243 gestiegen. 5818 Strafverfahren wurden eingeleitet, darunter waren 27 Prozent Körperverletzungsdelikte (Anstieg gegenüber 2009/2010: + 9,2 Prozent). Nach offiziellen Schätzungen der Polizeibehörden bundesweit, zählen knapp 10.000 Personen zur Kategorie B (bei Gelegenheit gewaltgeneigt) und C (Gewalt suchend/ zur Gewalt entschlossen) in der 1. und 2. Bundesliga. In der Realität dürfte diese Zahl noch höher liegen (rund 12.000). Hinzu kommt, dass die Gruppen nicht als homogen bezeichnet werden können. Es sind durchaus temporäre Zugehörigkeiten zu beobachten.

Daher sollen verunglimpfende, vereinschädigende oder sogar strafrechtlich relevante Inhalte auf Spruchbändern künftig in hessischen Fußballstadien keinen Platz mehr haben, stellt Boris Rhein dazu fest. Mehr noch: die Landesregierung hat eine Empfehlung gegenüber den Vereinen ausgesprochen, dass Choreographien und Spruchbänder bei den Sicherheitsbeauftragten der Vereine angemeldet und genehmigt werden müssen. Hier werden wir natürlich die Umsetzung im Blickpunkt haben, ob dieses Ansinnen auch in die Tat umgesetzt werden kann. Festgestellte Gewalttäter haben in den Stadien der Bundesliga nichts zu suchen, stellt der Innenminister weiterhin fest. Dazu zählen auch diejenigen, die Pyrotechnik in Stadien abbrennen und damit Menschen gefährden. Vereine müssen Sanktionen für diese Verstöße konsequent anwenden. Mit Stand September 2011 waren 2.576 bundesweite Stadionverbote

in Kraft. In der Saison 2010/2011 wurden 983 bundesweite Stadionverbote ausgesprochen.

Die Relation zu insgesamt 11.900 Prüffällen macht deutlich, dass man aktuell sehr zurückhaltend mit der Verhängung von Stadionverboten umgeht. Bei Stadionverboten sollte allerdings ohnehin nicht die Masse, sondern die „Qualität“ zählen. Es ist wichtig, dass gegen Rädelführer, d.h. besonders auffällige Personen, konsequent Stadionverbote verhängt werden. Um tatsächlich eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, müssen neben den Stadionverboten gegen diese Personen an den Spieltagen auch sogenannte Bereichsbetretungsverbote oder Meldeauflagen ausgesprochen werden. Es nützt in der Regel nichts, wenn zwar ein Stadionverbot verhängt ist, der oder die Betroffene aber trotzdem anreist und am Spieltag im Nahbereich des Stadions oder im Innenstadtbereich auftaucht und dort aktiv werden kann. Daher ist auch vermehrt über Meldeauflagen nachzudenken, die während der Zeit von Auswärtsspielen sowie den dazugehörigen An- und Abreisezeiten gelten.

### BEDENKEN DER FANS

Mithin haben einige Fangruppierungen Bedenken, das durch das Strategiepapier ganze Fanclubs im Kollektiv bestraft werden sollen, nur weil „einzelne“ aus der Reihe tanzen. DFL-Vize Strutz stellt aber gleichzeitig klar, dass es sich beim vorgelegten Strategiepapier um ein Diskussionspapier handelt und abschließend nichts entschieden sei. Alle Vereine sind aufgerufen, ihre Fanclubs, Fanprojekte, Supporters und Sicherheitsorgane mit in den Gestaltungsprozess einzubeziehen.

### ROLLE DER POLIZEI

Die Polizei ist der Garant für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Dieser verfassungsrechtliche Auftrag wird auch bei Einsätzen anlässlich von Fußballspielen ausgeübt. Vorrangiges Ziel ist, neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die Gewährleistung eines störungsfreien Ablaufs der Veranstaltung für eine Vielzahl von Zuschauern. Damit ist die Polizei für die Allgemeinheit (tausende von Fans und Unbeteiligte im Bereich der Stadien und auf den An- und Abreiserouten) tätig, und nicht für die Vereine bzw. Fußballverbände.

Präventiv gilt es, eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Vereinen

als gemeinsame Linie mit abgestimmtem Auftreten und einheitlichem Sprachgebrauch konsequent weiter zu führen. Gemeinsame Kampagnen und eine gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit von Polizei, Fußball und sozialer Arbeit erzeugen Transparenz und Verständnis füreinander, die gemeinsame Imitierung und Durchführung präventiver Maßnahmen unter Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten und unter Einbindung von Vorbildern fördern die Akzeptanz.

## GDP FORDERUNGEN

Mit dem Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Stadionsicherheit hat die Deutsche Fußballliga (DFL) der Debatte um einen sicheren Fußball die richtige

Die GdP begrüßt den Vorstoß der DFL, die Dauer von Stadionverboten von drei auf wieder fünf Jahre verlängern zu wollen. Zudem sei es richtig, Fanggruppierungen, die sich Vereinbarungen mit ihrem Verein verweigerten, vom Fußballerlebnis im Stadion auszuschließen.

Bundsvorsitzender Bernard Witthaut appellierte an die Profivereine, sich noch stärker an der finanziellen Unterstützung von Fan-Projekten zu beteiligen. Zwar legten die Vereine finanziell ein Schüppchen drauf, doch ergebe sich bei gleichzeitiger Entlastung der Kommunen ein Nullsummenspiel. „Die Fan-Projekte leisten nicht nur an den Spieltagen Sozialarbeit. Ihre Arbeit geht über den Fußball hinaus und wirkt positiv in den Alltag der

rungen nach einer Kostenbeteiligung der Vereine an den Fußballereinsätzen der Polizei nicht weiter. Wird ein Polizeieinsatz aber dadurch ausgelöst, dass ein Verein nicht genügend qualifizierte Ordner eingesetzt hat, muss der Verein die Kosten des Polizeieinsatzes tragen.

Die Vereine müssen sich konsequent von Fanggruppen distanzieren, von denen Gewalttaten ausgehen.

Bei Risikospielen müssen DFB und DFL Sicherheitsaspekten einen größeren Stellenwert einräumen. Sie dürfen nicht abends stattfinden. Notfalls müssen sie verlegt werden.

Übergriffe in den Stadien und in deren Umfeld lassen sich nur verhindern, wenn die verantwortlichen Polizeiführer



Wendung gegeben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen nehmen gleichermaßen Vereine wie Fans in die Pflicht, für friedlichen Fußball zu sorgen. Mit der Absicht, erweiterte Sicherheitsmaßnahmen zum Bestandteil des Lizenzierungsverfahrens zu machen und Auflagenverstöße mit dem Entzug von Fernsehgeldern zu bestrafen, droht der Verband mit dem konkreten Griff in die Clubschatulle. Die GdP erwartet nun, dass DFL und Vereine auf ihrer nächsten Sitzung Mitte Dezember das Sicherheitspaket einmütig beschließen.

Fans hinein“, betonte Witthaut.

## IM EINZELNEN FORDERT DIE GDP:

Bei Gewalttätern, die von den Vereinen mit einem Stadionverbot belegt sind, muss sichergestellt werden, dass sie sich auch nicht im Umfeld der Stadien aufhalten. Dazu sind enge Absprachen zwischen Vereinen und Polizei erforderlich.

Die Vereine sind für die Sicherheit in den Stadien verantwortlich, die Polizei ist für die Sicherheit auf den An- und Abreisewegen der Fans, deshalb führen Forde-

vor Ort ein genaues Bild der Lage haben. Die Innenminister müssen deshalb dafür sorgen, dass der Jahresbericht der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze der Polizei (ZIS) unmittelbar nach Ende der Bundesligasaison vorliegt und nicht, wie bislang üblich, erst während der laufenden nächsten Saison.

GdP Hessen ■

# POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessische Bereitschaftspolizei der Gewerkschaft der Polizei und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V. und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen Für den Großraum Wiesbaden - Rheingau - Taunus Hochtaunus - Main-Taunus und Limburg-Weilburg. Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und PTLV und die Hessische Bereitschaftspolizei, die Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeihubschrauberstaffel mit den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden und Egelsbach und Polizeireiterstaffel Hessen

## Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen  
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden  
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller  
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

## Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,  
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen  
Geschäftsführer: H. R. Jud

## Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt  
Telefon (0 69) 7 89 16 52

## Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum  
**Redaktion/Redaktionsanschrift:**  
Peter Wittig, Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen  
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden  
Ralf Humpf, Katrin Kuhl, GdP BZG Hess. Polizeizentralbehörden, Hölderlinstraße 5, 65187 Wiesbaden  
Jens Mohrher, GdP BZG Hessische Bereitschaftspolizei  
c/o Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden  
Gesamtedaktion: polrep@web.de

## Druck und Verarbeitung:

NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen  
Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.  
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.  
Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.  
(ISSN 0937-535 X)





## TEAM MAIN-TAUNUS BEIM KART-CUP 2012

Auch im Jahr 2012 fand (wie schon berichtet) erneut der GdP-Kart-Cup statt. Wieder einmal wurde die Veranstaltung auf der längsten Indoor-Kartbahn Deutschlands in Limburg-Staffel ausgetragen.

Da es auch in diesem Jahr wieder weit über 200 Anmeldungen gab, sind auch am 21. April zwei Rennen gestartet worden.

Zunächst bestand wie gewohnt die Möglichkeit für die Teams, sich 1 Stunde an die Strecke zu gewöhnen und zu testen. Nicht außer acht gelassen werden sollte dabei allerdings auch hin und wieder die Zeit. Denn diese 1 Stunde ist nicht nur zum ausprobieren, welche Kurve am besten wie durchfahren wird, sondern es ist gleichzeitig das für die Startaufstellung entscheidende Qualifying.

Man sollte auch, entgegen der Formel-1, nicht darauf bauen, am Ende die schnellste Runde zu fahren, da das Training auch immer mal wieder aufgrund von Karambolagen oder Drehern mit gelben Flaggen unterbrochen wird. Bei „gelb“ ist größte Vorsicht geboten, da sich Streckenpersonal auf der Strecke befindet und auch die Mitarbeiter den Tag gesund beenden wollen. Folglich ist langsam zu fahren und somit keine schnelle Runde möglich.

Das Wechseln ist hier so oft möglich, wie der Bedarf besteht. Im Rennen gibt es die Vorgabe, dass nach spätestens einer halben Stunde Fahrzeit eines Fahrers am Stück gewechselt werden muss – andernfalls drohen auch hier Strafen.

Die Kollegen Christian Schneider (Pst Kelkheim) sowie Felix Gräser und Sven Schattel (beide Pst Eschborn) bildeten erstmalig das Team „Burning Wheels GdP Main Taunus“. Da nicht alle aus dem Team bereits Erfahrungen mit der schönen Strecke hatten, wurden die Ziele nicht zu hoch gesteckt und ein einstelliger Platz sollte es dann werden.

Das Rennen ging wieder über 3 Stunden und die Pausen wurden eifrig genutzt, um sich auch mit anderen Teammit-

gliedern auszutauschen. Es wurde gefachsimpelt über die Streckenführung, den „Grip“ auf der Strecke, den Fahrbelag (der, da es sich quasi um zwei Hallen handelt, zwei völlig unterschiedliche Belege aufweist) und Überholmanöver, oder solche die es hätten werden sollen und in einem Unfall endeten.

Während des Rennens bleibt einem also spätestens nach einer halben Stunde Zeit zum Verschnaufen, wobei man natürlich zunächst bei seiner Mannschaft Bericht erstattet, warum es besonders gut, oder eben auch nicht lief.

Da die Mannschaften aus mindestens 3 Mitgliedern bestehen, bleiben – bei gleichmäßiger Verteilung der Fahrzeit – etwa 1 Stunde um sich zu erholen. Dabei gilt es auch frische Luft zu schnappen, was man insbesondere merkt, beim Wiedereintritt in die Kart-Halle. Denn trotz der Lüftung und geöffneter Tore, ist der Geruch von Benzin ständig präsent, eine Rennstrecke eben.

In der Pause bestand auch in diesem Jahr wieder die Möglichkeit, sich mit Essen und Trinken zu stärken – Gutscheine hierfür waren im Startgeld inklusive.

Das Team „Burning Wheels GdP Main-Taunus“ ging von einem verheißungsvollen 4. Startplatz ins Rennen.



Aus den o. g. Gründen wurde das Ziel dennoch nicht nach oben korrigiert. Gestartet wurde, wie jedes Jahr, hinter dem Safety-Car. Dadurch ist das Feld etwas auseinandergezogen und es stecken von den gestarteten 17 Karts nicht gleich 5 in der ersten Kurve fest.

Im Verlauf des Rennen ging es hoch und runter, was auch den immer wiederkehrenden Wechseln geschuldet ist.

Am Ende konnte sich das Team der GdP Main-Taunus den 8. Platz sichern, mit einer Runde Vorsprung auf den Neuntplatzierten. Das Team lag immerhin auf Platz 3 was die schnellste im Rennen gefahrene Runde angeht. Nach 3 Stunden und 27 Sekunden wurde das Team „Küstenjungs“ als Sieger abgewinkt.

Das Rennen ist nicht nur für die hessischen Kolleg/innen, sondern für alle geöffnet. Voraussetzung ist lediglich, dass der Teammanager Mitglied der GdP ist (was auch weitere Vorteile,

wie die nicht erhöhte Startgebühr und kostenlose Nutzung eines Rennoveralls bedeutet) und ein Team mindestens 3 Fahrer/innen aufweist.

Daher kann man sich bei Interesse auch mit Kolleg/innen aus diversen Bereichen des Hessen-Ländle, als auch aus anderen Bundesländern austauschen.

Die Veranstaltung dient somit nicht nur dem Spaß und der sportlichen Herausforderung (was man geleistet hat, merkt man besonders deutlich am nächsten Tag), sondern fördert auch die Kommunikation zwischen bis dahin fremden Menschen. Denn an Gesprächsthemen mangelt es bei dieser Veranstaltung niemandem.

Sven Schattel ■



GdP-Tower



Race-Flags



Kart 2012



Professional Racie-Team

## HAUPTPERSONALRÄTE IM DIALOG

### MEINUNGSAUSTAUSCH IN DER GDP-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE

Petra Schäuble, Vorsitzende des Polizei-Hauptpersonalrates in Brandenburg, und ihre Länderkollegen trafen sich am 4. und 5. Oktober 2012 zu einem intensiven Meinungsaustausch in Berlin. In den zwei Tagen standen wichtige Punkte auf der Tagesordnung, die in allen Bundesländern und Bezirken thematisiert werden.

Suchtgefahren, Auslandseinsätze, Föderalismusreform sowie die Personalgewinnung waren unter anderem die Top Themen. Zwei Gastreferenten gaben hier die notwendigen Impulse für einen intensiven Gesprächsaustausch. Bernhard Witthaut erläuterte die derzeitigen Schwerpunktthemen des GdP-Bundesvorstandes. Hier schlossen sich Berichte aus den Bundesländern und Bezirken an. Die Problemstellungen der Personalräte sind in vielen Ländern ähnlich gelagert. Personalabbau im Zeichen der Schuldenbremse ziehen sich wie ein Flickenteppich durch die Republik. Bei der brandenburgischen Polizei wird zudem diskutiert, die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre zu erhöhen. Hier wird das ganze Ausmaß der Hilflosigkeit der politisch Verantwortli-

chen deutlich. Es geht im Kern nur noch um Einsparungen, auf den Menschen und insbesondere den belastenden Polizeivollzugsdienst nimmt keiner mehr Rücksicht. Andere Länder haben Länderkooperationen als Mittel zum Zweck für sich entdeckt. Gleichwohl polizeiliche Synergien erkennbar und auch umsetzbar sind, erwecken einige Vorhaben zunehmend den Eindruck, dass Kooperationen häufig den Spardiktaten der Finanzminister nachkommen sollen.

### AUSLANDSMISSIONEN

Auslandsmissionen von Angehörigen der deutschen Polizei gewinnen zunehmend an Bedeutung. Hierzu hatte sich auch der Bundesvorsitzende der GdP in Afghanistan sein eigenes Bild gemacht. Die Koordinierung erfolgt über EUPOL (European Union Police Mission) in Afghanistan seit dem Jahr 2007. Das bilaterale Projekt GPPT (German Police Projekt Team) übernimmt seither das Mentoring in der Aus- und Fortbildung im Bereich der Führungskräfte, des Stabes und der Verwaltung. Der Leiter

des GPPT-Projektes, LPD Wilhelm Schulz und sein Team koordinieren aus Kabul heraus. Vier Standorte in den Nordprovinzen des Landes gibt es noch. Derzeit sind rund 180 Mitarbeiter und 20 Mitarbeiterinnen aus Bund und Ländern im Projekt eingesetzt, das sich ständig entsprechend den aktuellen Erfordernissen entwickelt. So wird z. B. die Fortbildung von Hundeführern für Sprengstoff und Rauschgift, der Aufbau eines effektiven Diensthundewesens am Flughafen Mazar e Sharif und das Mentoring die Polizeiberater in nächster Zeit fordern. Die strategischen Ziele für 2012 dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten: Aus- und Fortbildung von ca. 10.000 afghanischen Polizisten, die Ausbildung von 750 afghanischen Trainern, die Begleitung und Unterstützung der Umsetzung der Pläne zur Bildung eines RPTC North (Regional Police Training Center North) und die Sicherstellung der Voraussetzungen der Übergabefähigkeit des GPPT (German Police Project Team). Damit wird sich die Ausbildungslandschaft in Afghanistan verändern: Regionale Trainingszentren (Nord, Süd, West und Ost) werden dann die Ausbildung übernehmen. Rainer Kann, Chef der Geschäftsstelle Internationale Polizeimissionen (AG IPM) und des Referats Internationale Grenzpolizeiliche Angelegenheiten im BMI, stellte die aktuelle Lage der Auslandseinsätze dem Plenum vor. Mit Beginn Oktober 2012 waren insgesamt 345 Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte in Auslandseinsätzen beteiligt. Nach den Darstellungen von Rainer Kann hatten die Anwesenden ausreichende Gelegenheit, die länderspezifischen Regelungen der Auslandseinsätze darzustellen.

### SUCHTBERATER BEI DER POLIZEI

Der Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) „Suchtberatung in der Polizei“, Dieter Senges, selbst Polizeivollzugsbeamter im Saarland, folgte einer Einladung der GdP und referierte über Problematik „Süchte“. Weiter stellte er auch die Tätigkeiten der BAG vor. Die BAG wurde 1990 zunächst als reine Selbsthilfeeinrichtung von Beamten, Suchtkrankenhelfern, Ärzten und Sozialbetreuern der Polizeien aus Hamburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Bayern gegründet, um die Eigeninitiative der Kollegen in der ehrenamtlichen und dienstlichen Suchthilfe zu unterstützen. Mittlerweile sind neben allen Polizeien der Länder auch Bundespolizei und Bundeskriminalamt in der Bundesarbeitsgemeinschaft vertreten. Den Durchbruch brachte 1999 die Bereitschaft der jeweiligen Innenminister, die Schirmherrschaft für die Jahrestagungen zu übernehmen. Im März 2001 wurden die Initiativen der BAG vom Unterausschuss „Recht und Verwaltung“ des Ar-

beitskreis II der ständigen Innenministerkonferenz als bedeutender Beitrag zur polizeilichen Arbeit anerkannt. Die BAG steht den Ländern und dem Bund nun offiziell als kompetenter Berater zur Verfügung.

So entstand ein bundesweites effizientes Netzwerk aus Suchtkrankenhelfern, Ärzten, Psychologen und sozialen Ansprechpartnern. Die ursprünglich nur für Alkoholprobleme zuständigen Beraterinnen und Berater werden heute bei allen sucht-geprägten menschlichen Problemen, wie Missbrauch illegaler Drogen, Internetsucht, Spielsucht und Essstörungen, tätig und unterstützen inzwischen auch aktiv in der Schuldnerberatung. Als wichtiges Instrument sieht Dieter Senges das Bilden von Netzwerken, in denen sich auch die Personalräte und die darin vertretenen Gewerkschaften einbringen sollten. Ziel muss es sein, bestehende Netzwerke weiter auszubauen.

Ziel der BAG ist die Abwehr von Suchtgefahren für alle Polizeibeschäftigten und deren unmittelbarem sozialen Umfeld. Die BAG ist bestrebt, dass in allen Ländern verbindliche Rahmenbedingungen/Hilfssysteme für den Umgang mit Abhängigkeitserkrankungen geschaffen werden. Das Ziel versuchen wir durch folgende Aufgabenstellungen zu erreichen: Unterstützung und Koordinierung der Länderinitiativen, fachliche Beratung und Unterstützung der Länder bei der (Weiter-)Entwicklung von Rahmenbedingungen und Hilfssystemen, fachliche Beratung und Unterstützung der Mitglieder, insbesondere in der Bildungsarbeit vor Ort, ständige Kontakte zu politischen Organen und Behörden, Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit fachlichen und öffentlichen Einrichtungen, Informations-/Erfahrungsaustausch sowie die Durchführung von Fachtagungen.

Mitglieder sind Polizeibeschäftigte, u. a. Betroffene und Fachleute der verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen (Medizin, Pädagogik, Psychologie, Sozialarbeit).

Der föderale Aufbau der Länderpolizeien, so Dieter Senges, zeige im Bereich der Suchtberatung leider auf, dass die vielgestaltigen Organisationsformen einer Vereinheitlichung bedürfen. Die anwesenden HPR Vertreterinnen und Vertreter erarbeiteten im Dialog einige nutzbringende Ideen aus.

Zusammenfassend war der Meinungs austausch mit den HPR – Kollegen sehr informativ, aber leider viel zu kurz. Alle sind sich einig, dass diese Form des unmittelbaren Austausches intensiviert werden sollte. Die Länder rücken zusammen – also ist der Dialog der Personalvertreterinnen und Personalvertreter aus den Ländern ebenfalls nur Folgerichtig.

GdP ■

## VERABSCHIEDUNG POK ELLER

Am 28. August 2012 wurde POK Hans Eller, der am 10. August seinen 60. Geburtstag feierte, im Rahmen einer kleinen Feierstunde in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet.

Nach seinem beruflichen Werdegang, vom Einzelhandelskaufmann zum Zeitsoldat bis zur Bereitschaftspolizei NRW trat er 1978 in die Hessische Polizei ein.

Schon 1984 kam er zur Pst. Bad Schwalbach, wo er zuletzt als Verkehrsunfallsachbearbeiter tätig war, nachdem er zuvor Dienstgruppe, Polizeiposten und Ermittlungsgruppe durchlaufen hatte.

Geschätzt wurde vor allem auch seine Tätigkeit als Bezirksbeamter, Schutzmann vor Ort und „Kindergarten-Cop“!

Dienststellenleiter EPHK Mayer und EGL-Leiter PHK Eichler sprachen vom Weggang eines „Schwalbacher Urgesteins“, des-

sen humorvolle Art vielen Mitarbeitern fehlen wird.

Für die Kreisgruppe Untertaunus der GdP bedankte sich POK Wahnel für die jahrelange treue Mitgliedschaft und wünschte Hans Eller alles Gute für seinen nun beginnenden neuen Lebensabschnitt, in den er bei guter Gesundheit startet.



# KREISGRUPPE MTK

## JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG AM 13.12.2012

### TAGESORDNUNG DER JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KREISGRUPPE MAIN TAUNUS AM 13.12.2012

1. Begrüßung
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Totenehrung
4. Bericht des Vorsitzenden
5. Bericht des Kassierers
6. Bericht des Kassenprüfers
7. Ehrung von Mitgliedern
8. Gewerkschaftspolitische Diskussion und Darstellung der Situation in Hessen und im Bereich des PP Westhessen dazu sind geladen:
  - PR Vorsitzender des Personalrates PP Westhessen und stellvertretender GdP Landesvorsitzende Lothar Hölzgen
  - der Vorsitzende der GdP Bezirksgruppe Westhessen und Mitglied im geschäftsführenden GdP Landesvorstand Peter Wittig
9. Verschiedenes

Schlusswort des Kreisgruppenvorsitzenden



**Die neue GdP-App**  
Infos, Downloads, Schichtplan  
ab Mitte September

### JUBILÄEN UND GEBURTSTAGE DER GDP KG MAIN TAUNUS IM JAHR 2012

#### 25 JAHRE GDP

Michael Mayer, RKI MT, Eintritt 3/87  
Nicole Morgenstern Pst. Kelkheim  
Eintritt 11/87

#### 50 JAHRE GDP

Reinhold Fischer Eintritt 7/62

#### GEBURTSTAGE:

##### 50. JAHRE :

Miroslav Karasek 06.12.62

#### 60 JAHRE:

Erich Hochheimer	13.01.51
Mathias Frenzel	25.03.52
Roland Fischer	17.09.52
Volker Taffe	30.07.52
Martin Lissmann	13.08.52
Karl Spengler	13.10.52



## Kreisgruppe Main-Taunus Kreisgruppe Main-Taunus

**Die Kreisgruppe Main Taunus lädt alle Mitglieder zur**

### **Jahreshauptversammlung**

**am Donnerstag, den 13. Dezember 2012,  
13.00 Uhr**

**in das  
Vereinsheim in Hofheim, Burgstraße 28  
(Kellereigebäude)  
ein**

Parkplätze befinden sich am Chinon-Center

*Jürgen Aschenbrenner  
Vorsitzender*

# VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF

## GDP POSITIONSPAPIER – IM DIALOG MIT STAATSEKRETÄR WERNER KOCH UND DR. WALTER SEUBERT

Über die Arbeit in der GdP Frauengruppe (Bund) haben wir uns bereits in den 80er Jahren mit dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf grundlegend auseinandergesetzt.

Die besonderen Problemstellungen in unserem Beruf, mit seinen hohen Ansprüchen und enormen Belastungen für unsere Kolleginnen und Kollegen, fordern uns täglich immer wieder aufs Neue.

Das Streben nach beruflichem Erfolg und der Wunsch nach einem erfüllten Familienleben lassen sich, gerade bei der Polizei, nur mühsam in Einklang bringen.

Auch die GdP in Hessen hat sich dieser schwierigen Aufgabe mit all seinen Herausforderungen gestellt. Das auf Bundesebene erarbeitete und beschlossene Positionspapier der GdP haben wir auf die hessischen Belange hin überarbeitet und im Dezember 2010 im Landesvorstand beschlossen.

Bereits im Oktober 2009, anlässlich der Landesfrauenkonferenz in Weilburg, haben wir dem damaligen Staatssekretär Boris Rhein unser Konzept vorgestellt und die Zusammenarbeit angeboten.

Boris Rhein stellte in dieser Konferenz ausführlich das Kurzporträt des HMdLuS vor, in dem das Ziel der mittlerweile angelaufenen Re-Auditierung beschrieben wird.

Rhein lobte das Positionspapier der GdP und merkte an, dass hierin aber auch einige Punkte enthalten seien, die sich in Hessen schwer umsetzen ließen. Dennoch:

„Es gibt eine Menge, an dem wir ab sofort arbeiten können, dies können wir auch ohne audit“, so Boris Rhein damals zu diesem Thema.

### WAS IST SEIT DEM PASSIERT?

Mit der Entwicklung auf diesem Gebiet können wir als GdP ganz und gar nicht zufrieden sein. Der „politisch verordnete“ Personalabbau hat sich natürlich bis in die „Ist-Zeit“ übertragen und hat eine wirklich erfolgreiche Entwicklung hin zu einer „gelebten Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ mächtig verhagelt.

Grund genug für uns als GdP, erneut das Gespräch mit den heute politisch Verantwortlichen zu führen.

In Herrn Staatssekretär Werner Koch und dem Leiter des LPP 3, Herrn Dr. Walter Seubert, standen uns kompetente Ansprechpartner Rede und Antwort.

In diesem ersten Austausch haben wir als GdP den schleppenden Verlauf von Umsetzung einiger grundsätzlicher Verbesserungen in der Hessischen Polizei, bemängelt.

Werner Koch versprach gleich zu Beginn des Gesprächs, dass wir nicht stehen bleiben wollen und dieses sensible

Thema weiter begleitet wird. Klagen aus verschiedenen Dienststellen der Polizei kamen auch im Innenministerium an und werden dort sehr ernst genommen.

Mit diesem Austausch haben wir den 2. Startschuss für den Einstieg in mehr Vereinbarkeit von Familie und „Polizeiberuf“ gegeben – und man möchte den Weg gemeinsam mit der GdP gehen.

Es wurde vereinbart, dass im Dezember ein weiteres Treffen stattfindet, um gemeinsam einen Arbeitsentwurf zur Vorlage an Herrn Staatssekretär Werner Koch zu erarbeiten.

Seitens LPP 3 gab es bei diesem Gespräch einige sehr interessante Maßnahmen, die allerdings in Teilen noch auf ihre Realisierung hin überprüft werden müssen.

Weitere Gespräche und ein intensiver Austausch mit der GdP werden stattfinden.

Mehr grundsätzliche Informationen zu diesem Thema findet Ihr auf unserer Homepage:

[http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/UNSThe\\_DE/\\$file/VereinbarkeitFamilieBerufPospapier.pdf](http://www.gdp.de/gdp/gdphe.nsf/id/UNSThe_DE/$file/VereinbarkeitFamilieBerufPospapier.pdf)

Wir werden Euch an dieser Stelle über den Fortgang kontinuierlich weiter informieren.

Sandra Temmen  
Lothar Hölzgen ■

# TAGESAUSFLUG DER SENIOREN

Die Bezirksgruppe Westhessen der GdP hatte dieses Jahr wieder zum Seniorenausflug eingeladen und viele Pensionäre und Ruheständler waren der Einladung zu einem erlebnisreichen Tagesausflug an den Biggensee gefolgt. Am Mittwoch, dem 29. August waren zwei Busse erforderlich für den Tagesausflug der Polizei – Senioren mit ihren Angehörigen, um an der Fahrt ins Sauerland teilzunehmen. Natürlich hatten wir die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei wieder eingeladen.

Ein Bus nahm die Senioren aus dem Rheingau, aus Wiesbaden und der Kreis-

gruppe Main – Taunus auf. Der zweite Bus die Kollegen der Kreisgruppe Untertaunus, PAST Wiesbaden, Hochtaunus und Limburg-Weilburg.

In Rennerod trafen beide Busse in der dortigen Alsberg – Kaserne zusammen, wo alle Mitreisende mit einem Frühstück überrascht wurden. Anschließend ging es weiter Richtung Biggensee.

Zuvor in Attendorn wurde die Attahöhle besichtigt. Diese Tropfsteinhöhle gilt als eine der größten und schönsten Tropfsteinhöhlen Deutschlands. Die Höhle wurde im Kalksteinbruch am 19. Juli 1907 bei einer Sprengung entdeckt. Im Jahre



1986 stießen Höhlenforscher auf ein wei-



teres bis dahin völlig unbekanntes 5 000 m<sup>2</sup> großes unterirdisches Labyrinth.

Zu den Eigentümlichkeiten zählen viele Sinterfahnen, die von Eisenoxiden gefärbt sind. Ferner werden Stalaktiten, Stalagmiten und Stalagnaten gezeigt. Nachdem wir in drei Gruppen den etwa 500 m langen Rundweg unter Tage be-

Rundfahrt auf dem See bei schönstem Sommerwetter.

Nach Beendigung des Nachmittages startete man in Richtung Heimat.

Der Abschluss fand für die 93 Senioren in Waldbrunn im dortigen Linden-Cafe statt.

Diese schönen Stunden werden alle in guter Erinnerung behalten.

Die Planung und Ausarbeitung des Ausfluges hatte der Vorstand der Seniorengruppe der Bezirksgruppe Westessen hervorragend geleistet. Dafür ein besonderes Dankeschön. Die Kollegen Honecker und Kilian fungierten wieder einmal als Reiseleiter und brachten alle gesund und munter zu den Ausgangspunkten zurück. Lediglich eine Jacke blieb im Linden-Cafe zurück. Hier sorgte aber ein altbewährter Kurierdienst, dass sie schnellstmöglich zum PP Westessen überführt wurde.

Wir freuen uns auf das nächste Jahr, in dem wir Euch wieder ein ansprechendes Programm anbieten werden.

Dieter Kilian ■



sichtigt und erklärt bekommen hatten, fuhren wir weiter bis nach Sondern.

Von hier aus erkundete man mit dem Salonschiff „MS Bigge“ den See. Der Biggesee, auch Biggetalsperre genannt, ist ein 8,76 km<sup>2</sup> großer Stausee und dient nicht nur der Regulierung von Bigge, Lenne und Ruhr. Nein, er sorgt auch für die Wasserversorgung des Ruhrgebietes, um eine gleichmäßige Wassermenge in der Ruhr sicherzustellen. Darüber hinaus ist eine wichtige Aufgabe der Hochwasserschutz. Daneben werden ca. 22 Mio. kWh Strom im Jahr mittels drei großer Turbinen erzeugt. Der Bau der Talsperre begann im Jahre 1956 und wurde 1965 beendet. Sie ist die fünftgrößte Talsperre Deutschlands. Zwei Stunden dauerte die



# TODESSCHÜSSE AN DER STARTBAHN SIND UND WERDEN NICHT VERGESSEN!

Im diesjährigen Sommer entschlossen sich die Mitglieder des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, gerade im Lichte der zunehmenden Gewalt gegenüber Polizeibeschäftigten, unseren Kollegen Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer anlässlich des 25. Jahrestages der Startbahnmorde zu Gedenken. So nahmen dann im Herbst die Planungen „Fahrt“ auf und unter der Regie der Bereitschaftspolizei, koordiniert über das HMdLU, wurde aus den Ideen feste Größen. Neben einem ökumenischen Gottesdienst und einer Kranzniederlegung an den Gedenktafeln unserer Kollegen Schwalm und Eichhöfer sollte auch eine eigens zu diesem Anlass konzipierte Ausstellung Raum und Platz bieten, den Anwesenden die tragischen Ereignisse vor 25 Jahren in Erinnerung zu rufen.

Beeindruckend war die Tatsache, dass sich viele Angehörige beider Familien zur Gedenkfeier angemeldet hatten. Im Intranet wurde hessenweit dazu eingeladen, so dass interessierte Kolleginnen und Kollegen ebenfalls gerne willkommen waren. Innenminister Rhein und Landespolizeipräsident Münch landeten erst in den Vormittagsstunden des 2. November auf dem Frankfurter Airport; beide kamen von einer Betreuungsreise aus Afghanistan und dem Kosovo zurück.

## ÖKUMENISCHER GOTTESDIENST

Die feierlich geschmückte Sporthalle bot den mehreren hundert Anwesenden Raum, sich vor Beginn des ökumenischen Gottesdienstes nochmals auszutauschen. Viele Kollegen hatten sich Jahre lang nicht gesehen und auch bereits pensionierte Kollegen nutzten die Gelegenheit für intensive Gespräche. Dies machte deutlich, dass die Notwendigkeit dieser Gedenkfeier bereits vor dem offiziellen Beginn „bewiesen war“. Der ehemalige Bundesvorsitzende der GdP, Hermann Lutz, erinnerte sich an Details der Trauerfeier vor 25 Jahren im Frankfurter Dom, als sei diese erst gestern gewesen. Die Polizeiseelsorger, Landespolizeipfarrer Grützner, Leitender Polizeipfarrer Hinz, Landespolizeidekan Heil sowie die zuständigen Polizeiseelsorger der Mühlheimer Bereitschaftspolizei, Steinhaus und Michalik, unterstrichen in ihrer Predigt, dass Gewalt gegenüber den Polizeibeschäftigten in der heutigen Zeit



aktueller denn je ist. Sie erinnerten an die tragischen Ereignisse vor 25 Jahren und sprachen den Angehörigen wie auch den Polizistinnen und Polizisten Trost zu. Musikalisch umrahmt wurde der Gottesdienst durch Bläserquintetts des Landespolizeiorchesters Hessen.

## KRANZNIEDERLEGUNG AN DER GEDENKSTÄTTE

Nach dem Gottesdienst zogen Geistliche, Angehörige und Kolleginnen und Kollegen zum Gedenkstein. Dort legte Innenminister Rhein, flankiert von zwei Kollegen, einen Kranz nieder. „Die tödlichen Schüsse auf die Beamten wurden im Schutze der Dunkelheit hinterhältig abgefeuert. Man habe den Täter einen Tag später festnehmenden können. Das Gericht verurteilte den Täter nicht wegen Mordes, sondern wegen Totschlags zu 15 Jahren Haft. Nach nur zehn Jahren wurde der Täter aus der Haft entlassen. Die Opfer sind nicht vergessen“, so der Innenminister. „Deswegen sind wir heute hier!“

## AUSSTELLUNG ZUM GEDENKEN AN DIE EINSÄTZE AN DER STARTBAHN WEST

Zu Beginn der Ausstellung verdeutlichte der Vorsitzende des Hauptpersonalrates der hessischen Polizei, dass der heimtückische Mord an Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer noch heute eine ganze Polizeigeneration nicht loslässt. Gleichwohl der Polizeiberuf ein

gefahren geneigter ist, waren im Rahmen von Demonstrationen niemals zuvor in Deutschland Polizisten durch Schüsse getötet worden. Es sei, so der HPR – Vorsitzende, unverzeihlicher Rechtsbruch, einerseits für die Freiheit zu demonstrieren und andererseits zu demolieren, zu verletzen oder gar zu töten, also das Demonstrationsrecht zu missbrauchen! Bei anderen dienstlichen Einsätzen in Deutschland hatten seit 1. Februar 1961 schon über 100 Beamtinnen und Beamte ihr Leben verloren, davon 85 durch Schusswaffen. Mohrherr erinnerte in seiner Ansprache an die Trauerfeier für die Kollegen Schwalm und Eichhöfer am 10. November 1987. 20000 Polizistinnen und Polizisten zogen durch die Frankfurter Innenstadt, um ihrer Kollegen zu Gedenken. Die Stimmung innerhalb der Polizei der achtziger Jahre des zurückliegenden Jahrhunderts war schlecht, weil sich die Kolleginnen und Kollegen von der Politik im Stich gelassen fühlten. 1981 schrieb Erich Böhme in seiner Kolumne im SPIEGEL über „Recht haben und Rechthaben“. „Schwach ist der Staat, dessen Politiker sich für unfehlbar halten und hinter den Schilden ihrer Polizei verstecken.“

## UNRUHE WIRD DANN ZUR BÜRGERPFLICHT

Hessische Polizisten leisteten im Flughafenbereich „Organleihe“ für den eigentlich zuständigen Bund. Permanente Einsätze, auch an der Startbahn West,

hatten Folgen: Dienstunfälle, Erkrankungen, Ausfalltage. Verletzungen heilten und vernarbten. Seelische Wunden sind geblieben. Hass und Feindseligkeit zu bewältigen, gehörte zum beruflichen Alltag. Dringend benötigte Rechtsgrundlagen, wie das Vermummungsverbot oder die rechtlichen Handhaben im Versammlungsgesetz verkamen zum politischen Spielball unterschiedlicher politischen Interessen. Jahrelang haben auch die Medien den vermummten Straftäter „Demonstrant“ genannt! Polizistinnen und Polizisten forderten damals nichts anderes, als geeignetes Handwerkszeug für die tägliche Arbeit. Klare rechtliche Regelungen sind für die Polizei notwendig. Sie waren es und sie sind es, gerade mit Blick auf die zunehmende Gewalt gegen unseren Berufsstand. Persönliche Schutz-ausrüstungen, welche Gesundheit und die körperliche Unversehrtheit von uns Polizistinnen und Polizisten schützen sollten, gab es 1987 allenfalls in rudimentärer Ausführung. Bundespräsident Richard Karl Freiherr von Weizsäcker erklärte bereits 1986 in der PFA in Münster Hilstrup vor leitenden Polizeibeamten aus ganz Deutschland: „Polizeibeamte haben es in ihrem Dienst mit recht unterschiedlichen Gefühlen ihrer Mitbürger zu tun. Die ganz überwiegende Mehrheit dieser Mitbürger möchte nicht nur selbst in Ruhe und Frieden leben, sondern sich darüber hinaus so verhalten, dass dabei auch die anderen in Ruhe und Frieden leben können. Es sind nur Außenseiter, die unter Missachtung der Rechtsordnung diesen Frieden stören. Die Polizei ist dazu da, die Achtung vor dem Recht durchzusetzen. Dafür trägt sie ihre Haut zu Markte! Die Polizei sichert den Bürgerinnen und Bürgern ein Leben, das sie unbelästigt und im Rahmen der Rechtsordnung führen können. Wir schulden der Polizei, die sich dafür immer wieder exponieren muss, alle mitei-



ander Dank. Dazu gehört auch eine gute Zusammenarbeit von Polizei und Politik. Die Politik darf sich nicht der Versuchung hingeben, sich selbst mit großen Worten populär zu machen, der Polizei aber den schweren und den stillen Dienst zu überlassen. Es gilt, die Polizei von Entscheidungen zu entlasten, für die in der Politik die Zuständigkeit und die Verantwortung liegen.“



Heute ist sicherlich einiges anders geworden, vieles auch besser. Aber ein konsequentes Handeln im Sinne der Polizeibeschäftigten – aller politisch Verantwortlichen – egal welcher Couleur, die in den zurückliegenden 25 Jahren Verant-

wortung für die Polizei getragen haben, „war nicht immer durchgehend spürbar. Denn früher wie heute gilt: Ausschreitungen bei Demonstrationen werden in der gesellschaftlichen Wahrnehmung allzu oft als „alltäglich hingenommen“. Die Gesellschaft macht sich oft nicht klar, wie groß die Angst bei den Ehepartnern, Lebenspartnern und Angehörigen ist, wenn Frauen und Männer Polizeidienst leisten, 24 Stunden am Tag, 7 Tage in der Woche, 365 Tage im Jahr.



Polizistinnen und Polizisten, die in Ausübung ihres Dienstes verletzt oder gar getötet wurden, sollten für Dienstherrn und Regelgeber wahrlich Grund genug sein, Maßnahmen zu treffen, durch die weitere Opfer für Sicherheit und Ordnung vermieden werden können!“ Landespolizeipräsident Münch machte, sichtlich beeindruckt von den Bildern der Ausstellung, den Anwesenden deutlich, wie schwer der damalige Dienst für die Kolleginnen und Kollegen war. Einsatzdienste am Flughafen mussten zusätzlich zu den Regeldiensten geleistet werden.

Der 2. November 1987 aber wird Anlass bleiben, Thorsten Schwalm und Klaus Eichhöfer nicht zu vergessen. Uns Polizeibeschäftigten wird am Jahrestag des Mordes an unseren Kollegen wieder bewusst werden, was menschenverachtende Missachtung demokratischer Rechte anrichten kann! Unsere Pflicht ist und bleibt es, die Erinnerung an das tragische Ereignis auch bei denen wach zu halten, die gerne rasch vergessen!

GdP ■





# TOURNESOL UND GEWERKSCHAFT DER POLIZEI

## FORTSETZUNG DER KOOPERATION - NEUE ANGEBOTE

Die Ende 2010 geführten Kooperationsgespräche zwischen der Tournesol Idstein Betriebs GmbH, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Michelle Klee und ihrem Ehemann Herrn Holger Klee, sowie dem stellv. Landesvorsitzenden Lothar Hölzgen, mündeten vor wenigen Tagen in einem neuen, sehr attraktivem Angebot, das die GdP-Mitglieder zukünftig in diesem extravaganen Freizeitbad mit seinen riesigen Möglichkeiten zu attraktiven Konditionen nutzen können.

Am Anfang stand die einfache Idee. Als Simone Sieger erstmals von dieser besonderen Einrichtung in Idstein erfuhr, erkundete sie die gesamte Anlage und die Angebote aus den Bereichen Wellness, Fitness und ließ das Ambiente auf sich wirken. Den Mehrwert dieser Anlage hat sie sofort erkannt und sich auf den Weg gemacht, um dieses besondere Angebot auch für unsere Kolleginnen und Kollegen zugänglich zu machen.

Ihr war bekannt, dass den umliegenden Firmen besondere Konditionen eingeräumt wurden. Nach Prüfung, ob ein solches Angebot auch für alle Polizeibeschäftigten möglich wäre, wurde schnell klar, dass dies vor dem Hintergrund der besonderen Stellung unserer Polizei so nicht gestaltbar ist.

Die Gewerkschaft der Polizei, die in der Vergangenheit und auch in der Zukunft immer wieder auf der Suche nach besonderen und herausragenden Angeboten für ihre Mitglieder Ausschau hält, fand die Idee von Simone Sieger, eine Kooperation zwischen Gewerkschaft und Tournesol für Ihre Mitglieder super.

Am 03. November 2010 unterschrieben Frau Michelle Klee und Lothar Hölzgen den Kooperationsvertrag.

Wir stellen Euch das Tournesol in den nächsten Zeilen gerne noch einmal vor.

### „EINES“ FÜR ALLE UND ALLES.....

Das Tournesol eröffnete damals im Internet den Auftritt mit der Darstellung folgender Philosophie:

- „das Leben besteht aus den Momenten, an die man sich bewusst erinnert. Daher freut es uns immer ganz besonders, wenn solche Momente mit Ihrem Tournesol verbunden sind.

- Erleben Sie bei uns einen kleinen Urlaub zwischendurch:
- Baden Sie in einzigartiger Kuppelbad-Atmosphäre, halten Sie sich im Fitnessbereich gesund und besuchen Sie unsere vielseitige Saunawelt.
- Unser Beauty & Wellness Spa verwöhnt Sie mit Behandlungen und Anwendungen der fünf Kontinente, während unsere Eatstein-Küche für Ihr leibliches Wohl sorgt.
- Nehmen Sie sich sorgenfrei eine Auszeit, und unsere Minisol Kinderbetreuung spielt liebevoll mit Ihren Kleinen.“

### DAS TOURNESOL LÄSST SICH IN 4 BEREICHE UNTERTEILEN:

Das Herzstück ist das Bad, dominiert von der sich öffnenden riesigen Dachkuppel. So wird das Hallenbad schnell zum Freibecken. Unter anderem wurde hier auch an ein Sportbecken (25 Meter), in Bahnen unterteilt, gedacht.

Der Fitnessbereich ist ausgestattet mit pneumatischen Sportgeräten der Firma Keiser GmbH. Keiser stellt Sportgeräte her, mit denen seit 2006 sogar die deutsche Nationalmannschaft trainiert. Der Cardiobereich ist im Vergleich zu Fitnessanlagen der Umgebungen auffällig üppig ausgestattet. So gibt es 4 Lauf-



**Tournesol**  
THERME IDSTEIN



**Gewerkschaft der Polizei**

Tournesol GdP-Angebot

**10 % Rabatt auf...**

Abonnements und Tageseintritte.

**20 % Rabatt auf...**

Speisen und Getränke im Restaurant Eatstein (ausgenommen Mittagstisch).

**Ihre Abos mit 10 % Vorteil:**

**Bad (Mo-Fr oder Mo-So) · Sauna (inkl. Bad)**

**Fitness (inkl. Bad) · Premium (Bad, Sauna, Fitness)**

**Dieses Angebot gilt für alle Mitglieder der GdP und deren Familienangehörige.**

**Informieren Sie sich auch über...**

- unser **Fitness-Abo ohne Bad**
- unsere **Beauty & Wellness-Arrangements** zu Weihnachten

**Sie interessieren sich für unsere Angebote?**  
Sprechen Sie mit uns – wir beraten Sie gerne!

**Holger Klee**  
Tel.: 0151 - 506 753 16 · E-Mail: holger.klee@tournesol-idstein.de

**Michelle Klee**  
Tel.: 0171 - 623 05 23 · E-Mail: michelle.klee@tournesol-idstein.de

Weldertstraße 7 · 65510 Idstein/Nassau Viertel  
Tel.: 0 61 26 / 505 77 0 · www.tournesol-idstein.de






**10 % Rabatt auf...**

**20 % Rabatt auf...**

**Ihre Abos mit 10 % Vorteil:**

**Dieses Angebot gilt für alle Mitglieder der GdP und deren Familienangehörige.**

**Informieren Sie sich auch über...**

**Sie interessieren sich für unsere Angebote?**

**Holger Klee**

**Michelle Klee**

**Weldertstraße 7 · 65510 Idstein/Nassau Viertel**

22 //

bänder, 7 Hightech Spinningräder, Cross- und Hometrainer. Herausragend ist der 95qm große Spinningsaal mit insgesamt 30 Bikes, einer hochwertigen Musikanlage und einem Panoramafenster, das den Blick auf den Feldberg genießen und abschalten lässt. Die Räder bleiben nach dem Kurs stehen und müssen nicht mühsam zur Seite geschoben werden, weil der Raum für andere Zwecke genutzt werden soll.

Die Fitnesswelt bietet ungeahnte Möglichkeiten zur aktiven Erholung, und der Saunapark ist eine Welt der Entspannung, wo Alltagsorgen draußen bleiben. Es ist längst erwiesen, dass das Saunieren der Abhärtung gegen Erkältungskrankhei-

ten, der Gesundheit sowie der Reinigung des Körpers und der Verbesserung des Wohlbefindens dient. In dieser mächtigen Saunalandschaft mit Saunagarten (insgesamt 2500 m<sup>2</sup>) findet jeder ein ruhiges Plätzchen in gemütlicher Atmosphäre, getränkt in stimmungsvollem Licht und Klängen, die zum Träumen einladen. Auch hier ist die Abwechslung groß. Es gibt zum Beispiel eine extra Damensauna, eine Biosauna, eine Panoramasauna im Blockhaus und 2 Dampfbäder. Durch den regelmäßigen professionellen Aufguss wird die Finn-Sauna zum Treffpunkt für schweißtreibende 8 Minuten.

Einen weiteren Schwerpunkt legt das Tournesol auf Wellness. Die Möglichkei-

ten der Massagen finden sich in diversen Kontinenten wieder. Hier lohnt ein Blick auf die Homepage.

Am Ende eines erlebnisreichen Tages lädt das Restaurant „Eatstein“ zu saftigen Salaten und leckeren Drinks ein. Das Alles und vieles mehr bekommst Du nach Vorlage Deines GdP-Mitgliedsausweises zu den im Schaukasten aufgeführten Konditionen.

Für die Inanspruchnahme der besonderen GdP-Konditionen braucht Ihr nur euren Mitgliedsausweis vorzulegen und schon kann mit jedem Besuch kräftig gespart werden.

Lothar Hölzgen ■

## VERBESSERUNGEN MÜSSEN NACHHALTIG AUCH AN DER POLIZEIBASIS ANKOMMEN

Mitte November fand in der GdP-Geschäftsstelle ein weiterer Gedankenaustausch zwischen Landespolizeipräsident Udo Münch und dem geschäftsführenden Landesvorstand der GdP statt.

Die aktuellen pauschalen Rassismussvorwürfe gegen die hessische Polizei aufgrund des Vorfalles in der Frankfurter U-Bahn sind deplatziert. In der Bewertung sind sich LPP und GdP einig, dass diese pauschalen und vorverurteilenden Vorwürfe mit Vehemenz zurückgewiesen werden müssen. Sollten sich Verdachtsmomente erhärten, dass Polizeibeamte sich nicht korrekt verhalten haben, müssen sie aufgeklärt und bewertet werden. Solche allgemeinen Vorwürfe mögen in die derzeitige allgemeine öffentliche Stimmungslage passen, werden aber weder der hessischen Polizei noch den eingesetzten Polizisten gerecht. Denn eines ist sicher, vorverurteilt ist man schnell, eine nachträgliche Rechtfertigung sehr schwierig.

Im weiteren Gesprächsaustausch mit dem LPP verdeutlichte die GdP ihre Forderungen nach der dringend gebotenen Anhebung der Vergütungssätze für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ). Akuter Handlungsbedarf besteht auch bei der Schichtzulage zum Beispiel für OPE'en und dem nach wie vor bestehenden Beförderungsstau, insbesondere an der Basis.

Bei der DuZ erfolgte in Hessen seit dem Jahr 2004 keine Anpassung der Regelsätze mehr. Währenddessen ist im



Bundesdurchschnitt der Stundensatz für die Sonntagsarbeit um gut 20 Cent angehoben worden. Deutlicher ist die Anhebung der Regelsätze für die werktägliche Nacharbeit in Bayern erfolgt und liegt jetzt knapp unter dem Satz für die Sonntagsarbeit.

Seitens der GdP wurde dem LPP Udo Münch aber auch verdeutlicht, dass nach wie vor die Schichtzulage für unregelmäßige Dienste, wie sie z.B. bei den OPE'en, Verkehrsdiensten, Ermittlungseinheiten von S und K geleistet werden, immer noch nicht geregelt ist, obwohl Hessen seit einiger Zeit im Rahmen des Föderalismus dazu die Kompetenzen hat. Udo Münch sieht hier ebenfalls Handlungsbedarf und

stellt die Frage, was in der Priorität oben stehen soll. Ist es wichtiger, erst einmal die Gewährung der Schichtzulage zufriedenstellend zu lösen und im zweiten Schritt die Regelsätze für die DuZ anzuhängen? Eine vorschnelle Priorisierung ist dabei nicht das Gebot der Stunde.

Zentraler Punkt des Gedankenaustausches war die Beförderungssituation, insbesondere in den Schichten und Ermittlungseinheiten. Mit dem letzten Hebungsprogramm, dessen dritte Rate in 2013 wirksam wird, wurde die Problemlösung des „A10er-Bauchs“ positiv eingeleitet. Es sind zwar kleine Schritte, diese führen aber in der Summe auch zum Ziel. Einig sind sich GdP und Landespolizeiprä-

sident, dass weitere Hebungsprogramme folgen müssen. Insbesondere den fehlenden A10er Beförderungsmöglichkeiten im Rhein-Main-Gebiet, als auch die unbefriedigende Beförderungssituation nach A 11 in den lebensälteren Bereichen muss besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. In der teils lebhaften Diskussion wurde auch klar, dass das „Gießkassenprinzip“ oder die „lupenreine“ Anwendung des Königsteiner Schlüssels dabei nicht zielführend sind. Bei einer Fortführung des Hebungsprogramms muss man die Bedarfe der einzelnen Personalbewirtschafter genau analysieren und Verteilungen dann entsprechend gezielt vornehmen. Dies gilt sowohl für die Zuweisung auf die einzelnen Personalbewirtschafter als auch für die Vergabe der Möglichkeiten innerhalb der Personalbewirtschafter.

LPP Münch thematisierte weiterhin auch Vorhaben, die bei den Beschäftigten spürbar werden sollen. Unter anderem wurden hier eine steuerneutralisierende Leichengeldzulage und eine mögliche zukünftige Fliegerzulage genannt.

Eine wichtige Aussage des LPP ist, dass für die Teilnahme im Rahmen des Behördlichen Gesundheitsmanagements allen Beschäftigten bis zu zwei Stunden/Monat gutgeschrieben werden können. Ein kleiner, aber wichtiger Schritt in die richtige Richtung.

Ebenso breiten Raum nahmen die Beratungen um die Länderkooperation mit Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und dem Saarland ein. Bei den Kolleginnen und Kollegen der hessischen Wasserschutzpolizei sind deutlich sichtbare Fragezeichen auf der Stirn zu erkennen.

In den Ausführungen legte LPP Münch dar, dass es keinen Sinn mache, auf dem Rhein gegenüberliegend WSP-Stationen zu unterhalten. Ziel ist es, in Hessen die WSP-Stationen Gernsheim und Rüdelsheim im 24/7-Rhythmus zu betreiben und damit personell aufzustocken. Für die Kolleginnen und Kollegen, deren Wunsch es weiterhin ist, im Bereich Wiesbaden ihren Dienst zu versehen, werde man eine beiderseitig zufriedenstellende und sozialverträgliche Lösung finden. Nichts wird gegen die Willen der Beschäftigten umgesetzt. Ebenso muss jetzt Geld in die Hand genommen werden, um die erforderlichen Erweiterungsbaumaßnahmen bzw. Renovierungen vorzunehmen. Mit dieser Neuordnung übernimmt Hessen im überwiegenden Teil die wasserschutzpolizeiliche Verantwortung auf den hessisch/rheinland-pfälzischen Rheinkilometern.

Aber auch das immer wieder von Auflösungsgerüchten gebeutelte Hessische Landespolizeiorchester (LPO) hat nach Aussage des Landespolizeipräsidenten seinen festen Platz in der hessischen Polizei. Losgelöst von Fragen, wo das LPO probt, haben wir auch in Zukunft unser LPO. Veranstaltungen, Feierlichkeiten ohne die musikalischen Darbietungen unseres LPO würde sonst der feierlich würdige Rahmen fehlen.

GdP und Landespolizeipräsident sind sich ebenfalls darin einig, dass die jetzige Teilung des Hochschulstudiums in eine S und K-Laufbahn sich so nicht als praxistauglich herausgestellt hat, wie es anfangs gedacht war. Nach einem qualifizierten Polizeistudium müssen immer noch Regelungen geschaffen werden, die die Durch-

lässigkeit in den jeweilig anderen Bereich regeln. Dies ist nicht im Sinne des Erfinders. Über eine Neugestaltung muss man sich dringend unterhalten. Motto ist, dass Eine zu tun, ohne das Andere zu lassen.

Abschließend bedankte sich LPP Udo Münch bei den GdP-Vertretern für das offene und vertrauensvolle Gespräch und äußerte den Wunsch, derartige Gespräche



in kurzen Zeitabständen durchführen zu wollen. Jörg Bruchmüller unterstützte diese Forderung von LPP Udo Münch und zog ebenfalls ein positives Resümee. Derartige Arbeitsgespräche lassen frühzeitig keine Missstimmungen aufkommen, und die jeweiligen Argumente tragen zu einer zielorientierten Fortentwicklung bei.

GdP ■

## MITBESTIMMUNG ZUR RUFBEREITSCHAFT

### BESCHLUSS DES BVERWG VOM 4. SEPTEMBER 2012 (BVERWG 6 P 10.11): DIE ANORDNUNG VON RUFBEREITSCHAFT UNTERLIEGT DER MITBESTIMMUNG DER PERSONALVERTRETUNG

**Leitsatz:** Die Anordnung von Rufbereitschaft ist eine Festlegung zu Beginn und Ende der Arbeitszeit i.S. von § 74 Abs. 1 Nr. 9 HPVG und ist daher mitbestimmungspflichtig.

Vorangegangen waren zwei Beschlüsse in selbiger Angelegenheit. Zum Einen durch das Verwaltungsgericht (VG) Gießen vom 05.11.2010 und dem Verwaltungsgerichtshof (VGH) Kassel vom 29.09.2011. Der Präsident der Justus-Liebig-Universität in Gießen hatte beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG)

Rechtsbeschwerde gegen den Beschluss des VGH eingelegt.

**Aus den Gründen:**

Die Beteiligten streiten über ein Mitbestimmungsrecht bei der Anordnung von Rufbereitschaft. Der Antragsteller ordnete Rufbereitschaft für den Winterdienst 2008/2009 an. Die Anordnung der Rufbereitschaft unterfalle nach seiner Meinung nach nicht der Mitbestimmung durch den Antragsteller. Sowohl das VG Gießen als auch der VGH Kassel haben festgestellt, dass der Antragsteller bei der Anordnung

von Rufbereitschaft für den Winterdienst beim Beteiligten mitzubestimmen hat (Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit i.S.v. § 74. Abs. 1 Nr. 9 HPVG).

Die folgenden Rechtsbeschwerden des Beteiligten hat der VGH zurückgewiesen (Begründung fußt auf Rechtsprechung des BAG zu § 87 Abs. 1 Nr.2 BetrVG). Hiernach wird das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats in Bezug auf die Festlegung vom Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit auch die Anordnung von Rufbereitschaft erfasst. Entgegenstehende

Rechtsprechungen des BVerwG zu vergleichbaren Mitbestimmungsnormen in den Personalvertretungsgesetzen der Länder und des Bundes seien nicht überzeugend. Der Arbeitnehmer hat während der Rufbereitschaft keine freie und verfügbar gestaltbare Freizeit. Der Beteiligte trägt vor, dass die Anordnung von Rufbereitschaft keine Arbeitszeit im arbeitszeitrechtlichen Sinne darstelle, auf den es bei Auslegung der personalvertretungsrechtlichen Norm ankommt. Zudem hat der VGH die Änderung des HPVG, hier § 74 Abs. 1 Nr. 9 aus dem Jahr 2004, nicht berücksichtigt, da der Gesetzgeber hier zum Ausdruck gebracht hat, dass er die Anordnung von Rufbereitschaft nicht als Mitbestimmungstatbestand unterstellen wollte. Aus den Beschlussgründen: Die Rechtsbeschwerde ist unbegründet und daher zurückzuweisen. Die Anordnung von Rufbereitschaft ist, wie der VGH zu Recht angenommen hat, eine Festlegung zu Beginn und Ende der Arbeitszeit i.S.v. § 74 Abs. 1 Nr. 9 HPVG. Der Senat hält nicht an seiner entgegenstehenden, älteren, Rechtsprechung fest. Er schließt sich insofern der Rechtsprechung des BAG § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG an. Zeiten einer Rufbereitschaft unterfallen zwar nicht dem arbeitszeitrechtlichen Begriff der Arbeitszeit, wie dies in verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen begründet wird.

Dies ist für die Auslegung gem. § 74 Abs. 1 Nr. 9 HPVG jedoch dann nicht ausschlaggebend, wenn der nicht dieser Vorschrift verfolgte Schutzzweck nach einer abweichenden Beurteilung verlangt. Das mitbestimmen über die Festlegung über Beginn und Ende der Arbeitszeit soll dem Personalrat auch ermöglichen, bestehende berechnete Wünsche einzelner Beschäftigter hinsichtlich der zeitlichen Lage ihrer Arbeitszeit in Einklang mit den dienstlichen Erfordernissen zu bringen. Durch die Festlegung von Rufbereitschaft wird der Beschäftigte in seiner Freizeitgestaltung zeitlich fixiert. Dies bedeutet, dass Zeiten für die

Gestaltung des Privatlebens festgelegt werden. Damit berührt die Festlegung von Zeiten der Rufbereitschaft in hinreichender und vergleichbarer Weise, wie die Festlegung der Arbeitszeiten innerhalb der Dienststellen, die Interessen der Beschäftigten.

Der Beschäftigte muss in Rufbereitschaft für die Dienststelle ständig erreichbar sein und sich in einem Zustand der Arbeitsfähigkeit halten. Zudem muss er seinen Aufenthaltsort so wählen, dass er im Bedarfsfall jederzeit zügig zur Dienststelle gelangen kann.

Private Dispositionen oder bereits getroffene Absprachen werden dem Beschäftigten verwehrt, wenn sie vor der Festlegung von Rufbereitschaftszeiten getroffen waren. Hiervon kann nicht nur der Beschäftigte persönlich sondern auch sein familiäres Umfeld betroffen sein. Folgerichtig ist die Rufbereitschaft in die tarifrechtliche Typologie der Sonderform der Arbeit in § 7 TVL bzw. § TVöD eingeordnet.

Die dienstliche Aufgabenerfüllung wird durch die Mitbestimmungspflichtigkeit der Anordnung von Rufbereitschaft nicht unangemessen erschwert. Muss für Gruppen von Beschäftigten unvorhersehbare Rufbereitschaft nach dienstlichen Erfordernissen unregelmäßig und kurzfristig festgesetzt werden, darf Festsetzung mitbestimmungsfrei ergehen. Dies wird allerdings im Allgemeinen bei der Anordnung von Rufbereitschaft als solche, sondern bei der Festsetzung nicht im Vorhinein planbaren Arbeitseinsätze im Rahmen angeordneter Rufbereitschaft zutreffen.

Die Änderung von § 74 Abs. 1 Nr. 9 HPVG durch das Zweite Gesetz zur Verwaltungsstrukturreform vom 20.12.2004 begründet keine abweichende Sichtweise.

GdP ■

## FACHREFERAT RUND UM DIE BEIHILFE

### 46 INFORMATIONEN ZUR BEIHILFE – FACHKOMPETENTE AUSFÜHRUNGEN VON GERHARD KAISER



Lothar Hölzgen eröffnet die Veranstaltung und begrüßt die interessierten Kolleginnen und Kollegen und den Referenten Gerhard Kaiser, der von Hünfeld mit dem Kollegen Hermann Müller angereist war.

Nach der Begrüßung und einer Einführung in das Thema durch Lothar Hölzgen übernahm Gerhard Kaiser die über zwei-

stündigen Ausführungen rund um das Thema Beihilfe.

Der Referent konnte und wollte es sich nicht ersparen – und führte in einem kurzen Rückblick noch einmal die Zuhörerinnen und Zuhörer in die Jahre 2011 / 2012 zurück.

Die hessische Landesregierung plante eine Änderung des Beihilfegesetzes und wollte hierdurch rund 60 Millionen Euro (erster Entwurf) bzw. rund 30 Millionen € (zweiter Entwurf) einsparen. An der Frage, wer dies im Falle eines Falles zu bezahlen hätte, ließ Gerhard auch keinen Zweifel – „Wir alle“, führte er deutlich aus.

An einigen Beispielen wurde deutlich, dass einzelne Mitglieder mitunter über 300,-€ monatlich mehr hätten aufwenden müssen, wenn diese unsozialen Kürzungen im Beihilferecht umgesetzt worden wären. Er ließ bei den Zuhörerinnen und Zuhörern auch keinen Zweifel daran aufkommen, wer wesentlichen Anteil daran hat, dass dies so nicht gekommen ist.

Die GdP hat sich in der „heißen Phase“ dieser politischen Absicht heftig gegen diese gewaltigen Einschnitte gewehrt und in der Öffentlichkeit die geplanten Änderungen mit all ihren Folgen für alle sicht- und berechenbar dargestellt.

## REIN IN DIE FACHLICHKEIT MIT EINER FLUT AN INFORMATIONEN

Gerhard Kaiser eröffnete seinen Fachbeitrag mit dem Hinweis auf vielfältige Verbesserungen in der Beihilfeverordnung, die eine höhere Vergütung bei den Gebühren der Heilpraktiker vorsieht. Wenn in diesem Bereich nicht alles übernommen wird, rät der Fachmann zu „heftigem meckern“, da die Beihilfefähigkeit hier klar und deutlich geregelt ist.

Die Behandlung durch Heilpraktiker, die wie Pilze aus dem Boden schießen, sind allerdings auch gewaltige Preistreiber. Hier müssen Millionenbeträge aus dem Landeshaushalt zugeführt werden. Eine Deckelung in diesem Bereich wurde durch das Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt.

Ein Hinweis auf nicht beihilfefähige Kurse (z. B. Gymnastik, Yoga), als vorbeugende Maßnahmen, wird in seinem Ansatz als falsch angesehen.

Der PSA-Test ist ebenfalls nur beihilfefähig, wenn ein Leiden bereits eingetreten ist. Auch hier wäre eine beihilfefähige Anerkennung zur Vorbeugung durchaus sinnvoll und würde innerhalb des Gesundheitswesens mittel- und langfristige Mittel einsparen.

In einem weiteren Themenkomplex ging Gerhard Kaiser sehr ausführlich auf Krankenhausbehandlungen ein, und hier speziell auf die Besonderheiten nach einem operativen Eingriff. In diesem Zusammenhang geht es nicht selten um 5000,- € wöchentlich.

### STICHWORTE WIE:

- Grüner Dienst in den Kliniken
- Anschlussheilbehandlung (AHB)
- Ambulante Heilbehandlung
- Teilstationäre Behandlungen
- Sanatoriums- und Heilkuren

warfen viele Fragen auf, die alle sehr dezidiert und zum Teil auch individuell beantwortet wurden – bis hin zu den prozentualen Anteilen, die bei Kuren beihilfefähig eingereicht werden können. Weitere Auskünfte erhalten unsere Kolleginnen und Kollegen direkt bei der Beihilfestelle über die Zentrale Rufnummer „1550“ von Frau Maß oder Frau Möller, die in diesem Bereich „Schwerpunktsachbearbeiterinnen“ sind.

### HINWEISE:

- Insgesamt stehen 10 offene Leitungen zur Verfügung
- Freitags ist der Telefondienst nicht besetzt
- Günstige Zeitfenster: Dienstags ab mittags, Mittwoch u. Donnerstag

Auch unser GdP-Mitglied Hermann Müller steht für Auskünfte gerne zur Verfügung und ist für alle GdP-Mitglieder unter der Rufnummer **01525 – 6127159** zu erreichen.

Gerhard Kaiser bemängelte, dass derzeit die Aufwendungen für Hospizversorgungen in der hessischen Beihilfeverordnung nicht geregelt sind, hier sind gesetzliche Krankenkassen deutlich besser aufgestellt. An der Stelle erfolgte von ihm auch der Hinweis, dass die Pflegeversicherung hier nicht greifen kann.

Die „Vorkassenregelung“ bei Dienstunfällen ist für unsere betroffenen Kolleginnen und Kollegen immer wieder ein Stein des Anstoßes. Die gesetzlichen Krankenkassen zahlen hier problemlos, während die privaten Kassen erst mit Anerkennung des Dienstunfalls hierzu bereit sind.



Fachkompetent und eine Antwort zu jeder Frage – Gerhard Kaiser bei seinem Vortrag an die interessierten Mitglieder der GdP



Unsere Mitglieder stellten viele Fragen, die alle zufriedenstellend beantwortet wurden.



Lothar Hölzgen bedankte sich bei Gerhard Kaiser und Hermann Müller mit einem kleinen Geschenk

Hier ist der TIPP, einen sogenannten „Langantrag“ zu stellen, sehr aufmerksam zur Kenntnis genommen worden. In diesem Langantrag muss der Hinweis, „vermutlich Dienstunfall, aber noch nicht anerkannt“, vermerkt sein, dann kann zumindest der Beihilfeanteil vorab gezahlt werden. Dieser Betrag muss allerdings bei anschließender Leistung durch das Land Hessen wieder zurückgezahlt werden. Natürlich gehört auch ein kurzer Unfallbericht zu diesem Antrag.

Hilfe beim Ausfüllen des Langantrages kann man ebenfalls von der Beihilfestelle bekommen. Hierzu sind wichtige persön-

liche Informationen bereitzuhalten. Darüber hinaus wird der „Langantrag“ auch digital auf der Downloadseite der Beihilfestellen zur Verfügung gestellt.

<http://beihilfe.rp-kassel.de/static/abt1/ebeihilfe/download.htm>

Beihilfeberechtigte Versicherte müssen daran denken, dass bei zukünftigen/zu erwartenden Änderungen beim Bemessungssatz die Beihilfeanträge rechtzeitig gestellt werden, damit man noch den günstigeren Beihilfesatz für sich in Anspruch nehmen kann.

#### VIELE FRAGEN AUS DEM PLENUM BEANTWORTET

- Vor Eintritt in den Ruhestand sollte man Kontakt mit der Versicherung aufnehmen und erfragen, welche Änderungen durch den Bezug von Renten aus anderen Beschäftigungsverhältnissen zu erwarten sind.
- Der Wechsel von freiwillig, gesetzlichen Krankenkassen in eine Pflichtversicherung ist mit Streichung von Sachleistungen verbunden.
- Eine Vollmacht für die Beihilfestelle sollte unbedingt vorbereitet sein

- Die Beihilfeberechtigung für die Ehefrau steht immer in Abhängigkeit des Steuerbescheides von vor 2 Jahren.
- Bei falschen Angaben muss der Versicherte immer davon ausgehen, dass bei erfolgten Leistungen Regressansprüche geltend gemacht werden.
- Da Zahnärzte bereits bis zum 4fachen Satz verlangen, müssen die Versicherten darauf achten, dass die Kasse maximal bis zum 3,5fachen Satz zahlt - für die Differenz haftet der Versicherte. Entsprechende Hinweise geben Kassen und Beihilfestelle immer wieder. Entsprechende, vom Zahnarzt übergebene Heil- und Kostenpläne müssen vor Beginn der Behandlung vorgelegt werden.

Nach fast drei Stunden konstatierten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, dass die gut vorbereitete Veranstaltung rundherum als gelungen und vor allem sehr informativ war. Lothar Hölzgen bedankte sich bei dem Referenten Gerhard Kaiser und seinem Mitstreiter Hermann Müller mit einem kleinen Gastgeschenk.

Lothar Hölzgen ■

## FAHRTRAININGSZENTRUM DER HESSISCHEN POLIZEI IN HÜNSTETTEN ERWEITERT

Die Einweihung und damit Übergabe an die HPA des zweiten Lehrsaaalgebäudes im Fahrtrainingszentrum in Hünstetten wurde von Innenminister Boris Rhein, in Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik, Kommunalvertretungen und Polizei, am 21. September 2012 feierlich durchgeführt.

Ein gut gelaunter Gert Fischer, Präsident der HPA, begrüßte die Anwesenden. Er zeigte sich hoch erfreut, dass der begonnene Weg, der Ausbau des Fahrtrainingszentrums in Hünstetten, zielgerichtet fortgesetzt wurde. Die nun verfügbaren Räumlichkeiten sind auf dem absolut neuesten Stand der Technik und bieten den an den Fahr- und Sicherheitstrainings teilnehmenden Beschäftigten, wie auch den Instruktoeren, hervorragende Arbeitsbedingungen.

Minister Boris Rhein blickte in seiner Ansprache in die jüngere Vergangenheit zurück. Bis in das Jahr 2004 standen der damaligen Hessischen Polizeischule nur insgesamt 55 Termine für die Wahrnehmung von Fahr- und Sicherheitstrainings jährlich zur Verfügung. Das damalige Trainingsgelände lag im Hunsrück und alleine die knapp 100 Kilometer andauernde Anfahrtsstrecke von der HPS sorgte für einen erheblichen Zeitaufwand.

Das ehemalige US - Militärgelände, das im Jahr 2004 erschlossen werden konnte und sukzessive dann für die Belange der hessischen Polizei in den Folgejahren umgebaut wurde, bietet erhebliche Vorteile. Dafür waren zunächst Verhandlungen notwendig, die ohne die fruchtbare Unterstützung der Gemeinde Hünstetten rückblickend so nicht umzusetzen gewesen wären. 25 Kilometer von der HPA gelegen bietet das Trainingszentrum nunmehr die Gelegenheit, Trainings quasi „rund um die Uhr“ durchführen zu können, sofern in der Nachtzeit dafür Bedarf ist. Alle notwendigen, für die polizeiliche Fahrausbildung benötigten Szenarien können in der Praxis durchgeführt werden. Für die theoretische Ausbildung bieten die beiden Lehrsaaalgebäude ebenfalls beste Voraussetzungen. Auch durfte der kirchliche Segen, den Pater Franz Koll während der feierlichen Eröffnungszeremonie spendete, nicht fehlen.



Minister testet Fahr Simulator

In der sich anschließenden Besichtigung der Lehrsaaalgebäude hatte Innenminister Rhein auch die Gelegenheit, an einem „geliehenen Verkehrssimulator“ die stressbedingten Faktoren kennenzulernen, denen sich die Polizistinnen und Polizisten ausgesetzt sehen, wenn sie bei Alarmfahrten unterwegs sind. Persönlich habe ich an diesem Tag die Gelegenheit genutzt, mit einigen Fahrinstruktoeren zu sprechen. Alle zeigten sich erfreut über die Maßnahmen, die für das Fahrtrainingszentrum ergriffen wurden. Viele äußerten aber auch den Wunsch, einen (mobilen) Verkehrssimulator noch zu beschaffen, damit möglichst viele Polizeibeschäftigte geschult werden können. Ein realitätsnahes Training besonderer Fahrsituationen bei Alarmfahrten ist im Straßenverkehr nicht möglich. Ein mobiler Verkehrssimulator böte zudem die Gelegenheit, diesen auch für dezentrale Beschulungen, beispielsweise im nord- und osthessischen einsetzen zu können. Eines ist sicher: mangelnde Übung wird bei der zunehmenden Verkehrsdichte zu einem deutlichen Risikofaktor. Mit einem Verkehrssimulator besteht die Möglichkeit, die zu beschulenden Kolleginnen und Kollegen mit realitätsnahen Fahrsituationen zu konfrontieren. Dies wiederum hat dann zur Folge,



**Neues Lehrsaalgebäude**

dass die individuelle Handlungssicherheit der Kolleginnen und Kollegen erhöht würde. Wie die Experten festgestellt haben, ist die Unfallgefahr bei Alarmfahrten um ein Vielfaches höher als

bei einer gewöhnlichen Streifenfahrt. Mit Blick auf die Unfallkassen der Länder, die ebenfalls ihr Personal auf Verkehrssimulatoren beschulen, insbesondere bei den Rettungsdiensten und Feuerwehren, möchte ich an dieser Stelle die Forderung nach einem eigenen Verkehrssimulator, der einen erheblichen Nutzen für die hessische Polizei und deren Beschäftigten bringt, gerne unterstützen.

Jens Mohrherr ■

## COPS AFTER WORK PARTY

Am 13.09.2012 war es wieder soweit; die Robert Stolz ging ein weiteres Mal auf große Fahrt. Die JUNGE GRUPPE der GdP lud zur Neuauflage der allseits beliebten COPS AFTER WORK PARTY 2012.

Auch wenn Petrus dieses Mal mit der Sonne etwas sparsam war, ließen sich die angereisten Gäste doch nicht vom Feiern abhalten. Auf der gewohnten Route rheinaufwärts legte diesmal DJ HOTZI auf und gab alles, die Meute zum Tanzen zu bewegen. Mit aktuellen Dance-Hits und Evergreens aus den 80ern und 90ern gelang ihm dies auch vorzüglich, so dass dem einen oder anderen Gast die Füße schmerzten vom vielen Tanzen.

Natürlich durfte auch in diesem Jahr die beliebte Tombola nicht fehlen. Ne-



ben Preisen vom Polizeiausrüster Polas24 aus Frankfurt gab es „All you can Drive Tickets“ vom X-Kart-Center aus Limburg. Eine Neuerung der Bahnbetreiber wurde

ebenfalls verlost, es gibt mittlerweile auf Deutschlands größter Indoor-Kartbahn auch eine Paintballanlage. Auch hierfür wurden zwei Probepacks verlost. Neben

den Landesbezirken BKA und Rheinland-Pfalz gehört auch unser Kooperationspartner, die SIGNAL-IDUNA, zu den festen Gästen an Bord. Die angereisten Gäste wurden durch die Crew des Charterliner „Van de Lücht“ auch leiblich wieder rundherum gut versorgt und so kamen alle auf ihre Kosten und verließen gegen kurz vor 01:00 Uhr gut gelaunt das Schiff.



Bilder stehen euch wie gewohnt auf der Homepage [www.gdp.de/hessen](http://www.gdp.de/hessen) zur Verfügung.

GdP ■



# GDP FORDERT FUNKTIONALEN POLIZEISITZ FÜR UNSERE FUNKSTREIFENWAGEN

## SOLIDES HANDWERK UND WISSENSCHAFTLICHE ERKENNTNISSE WEISEN DEN WEG

Nach der konstruktiven Kritik unserer Kolleginnen und Kollegen zu Jahresbeginn hat sich die GdP intensiv weiter um das Thema „funktionaler Polizeisitz“ gekümmert.

Durch den Kontakt zu ausgewiesenen Experten aus ganz Deutschland hat sich die Möglichkeit eröffnet, die Hersteller von Fahrzeugsitzen mit in unsere Vorstellungen einzubinden.

Anfang Oktober wurde dem geschäftsführenden Landesvorstand der erste Prototyp eines funktionalen Sitzes vorgestellt. Dieses Modell zeigte Möglichkeiten auf, wie man insbesondere den Bereich rund um unseren Funktionsgürtel optimaler gestalten kann, was Sitzkomfort und Sicherheit deutlich verbessert:

- asymmetrische, seitliche Führungslinien
- extrem weiche Einlagen im Bereich des unteren Drittels der Rückenlehne
- Ausformungen in der Rückenlehne und der Sitzfläche, die das Tragen der Dienstwaffe im Fahrzeug erheblich verbessern
- Verstellbare Sitzfläche und alle anderen Vorzüge eines AGR-Sitzes bleiben weitestgehend erhalten

- Hersteller versichern hohes Maß an Flexibilität bei der Fertigung eines funktionalen Sitzes durch individuelle Gestaltungsvielfalt

Diese ersten gewonnenen Erkenntnisse zu Gestaltungsmöglichkeiten haben wir aufgenommen und wollen die daraus resultierenden Erfahrungen und Möglichkeiten mit den Fachleuten aus dem Bereich von PTLV und dem LPP 6 weiterhin konstruktiv austauschen.

Die praktischen Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen müssen in diese Entwicklung ebenfalls mit einfließen.

### „ARBEITSPLATZ FUNKSTREIFENWAGEN“

Bereits in den 80er Jahren hat sich die GdP mit dem Funkstreifenwagen und allen Ansprüchen, die seine „Besonderheit“ ausmachen, grundlegend auseinandergesetzt. Dieses erste Arbeitspapier der GdP wurde 2009 weiterentwickelt und erschien als Positionspapier „Arbeitsplatz Funkstreifenwagen“.

Bereits hier haben wir das Erfordernis eines funktionalen „Polizeisitzes“ aufgezeigt und erste Rahmenvorgaben beschrieben.



Der GdP vorgestellt: Prototyp eines funktionalen Sitzes, der den speziellen Anforderungen in einem Funkstreifenwagen deutlich besser gerecht wird.

Sicherheit, Stoff und Farbgestaltung (Hygiene und Unempfindlichkeit):

„Die Forderung nach einer „Vollzugsdiensttauglichkeit“ der Sitze in den Funkstreifenwagen ist bis heute von den Automobilherstellern in seiner Problemstellung nicht angenommen, geschweige denn umgesetzt worden.“

Das Tragen der Dienstwaffe im täglichen Einsatz und im Besonderen das Erfordernis, einen Einsatzgürtel tragen zu müssen, ist in Verbindung mit dem Zu-





Seitlicher Halt im Bereich der Rückenlehne ist vorhanden - viel Platz für die Dienstwaffe. Im Sitzbereich sind asymmetrische, seitliche Stützen möglich.



Probesitzen in vielen Positionen zeigten Problemstellungen. Änderungen sind nur „Handgriffe“, versicherten die Experten.

schnitt der Sitzfläche und der Gurtsicherung zwingend zu lösen. Eingeklemmte Dienstwaffen und andere, am Einsatzgürtel mitgeführte Gegenstände behindern

und gefährden das tägliche Einsatzgeschehen.“

### NICHT NUR EIN HESSISCHES THEMA

Stand heute bleibt festzustellen, dass es kaum Automobilhersteller gibt, die auf die für uns so bedeutsamen Problemstellungen direkt eingehen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass der „Sitz von der Stange“ eben nicht allen polizeilichen Belangen gerecht wird.

Die Herstellung und der Einbau eines funktionalen Polizeisitzes, als Ersatz für den Standardsitz, ist nach unseren Erkenntnissen möglich und sinnvoll. Die Kostenfrage steht hierbei in starker Abhängigkeit der bestellten Stückzahl.

Die GdP wird sich bundesweit sehr intensiv mit den Kolleginnen und Kollegen austauschen und die Weiterentwicklung vorantreiben.

### ERKENNTNISSE DURCH WISSENSCHAFTLICHE UNTERSUCHUNG

Die hessische Landesregierung hat angedacht, ein begleitendes, wissenschaftliches Gutachten durch die TU Darmstadt in Auftrag zu geben. Daraus gewonnene Erkenntnisse werden sicherlich für die Entwicklung eines funktionalen Polizeisitzes sehr hilfreich sein. Die GdP hält



Auf den gewohnten Komfort im Sitz muss man nicht verzichten. Lordose Stütze, Sitzheizung und alle gewohnten Einstellungsmöglichkeiten bleiben natürlich erhalten.

diesen zusätzlichen Schritt, hin zu einer langfristigen Lösung, für sehr sinnvoll und hofft, dass diese begleitende Untersuchung auch zeitnah stattfindet.

Lothar Hölzgen ■

## POLIZEI-ANWÄRTER-LEHRGANG 53B IN NABBURG

Auf den ersten Blick ein ungewohnter Treffpunkt, liegt er doch außerhalb unseres Hessenlandes. Aber das hatte seinen Grund, denn beim letzten Treffen erklärte sich Jochen Breitenbach spontan bereit, in seinem Heimatort das Folgetreffen zu organisieren, denn dorthin hatte ihn nach dem Wechsel zum Bundesgrenzschutz der Dienst verschlagen.

Die mehr als 1000jährige mittelalterliche Stadt im Naturschutzgebiet Oberpfälzer Wald ist von einer noch fast vollständigen Stadtmauer umgeben, von ihr hat man einen sehr schönen Überblick über das Naabtal.

20 der ehemals 46 Lehrgangskollegen, die am 01. Juli 1965 bei der 9. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei in Hanau unter Leitung von PHK „Papa“ Dönch, eingetreten waren, freuten sich auf das Wiedersehen. Die große Fahrstrecke hatten manche zum Anlaß genommen und hatten ihre Ehefrauen mitgebracht, auch um die geplanten 2 Tage noch mit einem Kurzurlaub in der Region zu verbringen.



Zur Begrüßung mit einer deftigen „Weißwurst-Brotzeit“ in dem historisch belegten Gasthof „Zum Stern“ erfolgte ein kleiner „Orientierungsmarsch entlang der Stadtmauer und von dort führte uns

Jochen zum Bauernhofmuseum „Edelmannshof“ mit einer anschließenden Einkehr ins Brotzeitstübl, „auf‘ne Halbe“. Beim Rückmarsch ließ das neblige Wetter die imposante Lage des hoch oben lie-



genden Städtchens nur eingeschränkt zu, und dies sollte auch die restlichen Tage so bleiben, schade. Der Abend begann mit einem gemeinsamen Essen à la carte, dem sich ein gemütliches Beisammensein anschloß. Dabei wurde versucht, durch Hinterfragen Erinnerungslücken zu schließen und dabei waren Fotos von den letzten Treffen sehr hilfreich.

Als Programmpunkt des nächsten Tages folgte eine Fahrt über Regensburg nach Kehlheim. Von dort fuhr man mit dem Schiff durch den Donaudurchbruch zum Benediktiner Kloster Weltenburg. Nach Besichtigung der Kirche und Erkundung der nahen Gegend, genoß mancher

in der Klosterschenke ein deftiges Essen. Als Besonderheit, es war Kirchweihzeit, dabei wurden traditionell besonders Enten- oder Gansbraten angeboten, einfach lecker.

Wieder zurück in Kehlheim, war es nicht weit zu der Befreiungshalle. Der hoch oben liegende Monumentalbau wurde von König Ludwig I. als Gedenkstätte für die siegreichen Schlachten gegen Napoleon in den Befreiungskriegen 1813-1815 errichtet. Im Inneren symbolisieren 34 Siegesgöttinnen die 34 dt. Staaten, des 1815 gegründeten Deutschen Bundes als Mahnmal der Einheit Deutschlands.

Einige Wenige, die diese Sehenswürdigkeiten schon kannten, verbrachten

diesen Tag unter Führung von Jochen im Oberpfälzer Freilandmuseum Neusath-Perschen, das Einblicke in das ländliche Leben früherer Zeiten vermittelt.

Abends waren wieder alle vereint und tauschten Erlebtes aus, nicht ohne, dass auch einige Lebensweisheiten zum Besten gegeben wurden.

Am Morgen danach machten sich alle wieder auf den Weg in die angestammte Heimat und die Meisten konnten feststellen, dass es nach Überschreitung des „Weißwurstäquators“ doch am „schönsten“ ist, denn es schien wieder die Sonne, in Hessen.

Zum Abschluss des geselligen Beisammenseins beschloss man, dass das 50er Treffen am Mittwoch, dem 01. bis Donnerstag, den 2. Juli 2015 aus traditionellen Gründen in Hanau stattfinden



wird. Als offizieller Ansprechpartner für die Ausrichtung hat sich spontan Klaus Horn bereit erklärt die organisatorische Leitung zu übernehmen. Dafür schon jetzt herzlichen Dank.

D.E.R. ■

## BURNOUT – DAS KRANKMACHENDE STREBEN NACH PERFEKTION

**„BURNOUT“ STEHT DERZEIT GANZ BESONDERS IM FOKUS UNSERER GESELLSCHAFT UND SORGT SEIT LÄNGERER ZEIT IN DEN MEDIEN FÜR FURORE.**

Burnout hat sich zu einem weit verbreiteten Phänomen entwickelt. Es ist sowohl für Kollegen als auch für Vorgesetzte mitunter nicht leicht zu unterscheiden, ob Mitarbeiter tatsächlich übermäßig unter Stress stehen oder ob, „ich habe ein Burnout“ gesagt wird, weil es gerade „in“ ist. Es gilt daher zu klären, was Burnout überhaupt ist.

Zunächst einmal sei gesagt, dass es sich bei einem Burnout nach der ICD-10 (Internationale Klassifikation psychischer Störungen) um keine definierte Krankheit handelt, sondern lediglich um ein Syndrom. Ein Syndrom setzt sich aus

verschiedenen Symptomen zusammen. Burnout ist demnach keine Behandlungsdiagnose, es handelt sich vielmehr um eine Zusatzdiagnostik bei depressiven Erkrankungen.

Die ICD-10 klassifiziert Depression mit ihren Formen unter affektiven Störungen. „Affekte“ sind Gefühlswallungen und emotionale Reaktionen, die meist vorübergehender Natur sind, wie beispielsweise Zorn, Wut, Hass oder Freude. Mit „affektiven Störungen“ werden Stimmungsschwankungen bzw. -veränderungen (ohne äußeren Grund) bezeichnet,

die episodenhaft über eine längere Zeit verlaufen.

Burnout ist in der ICD-10 als Zusatzdiagnostik für einen Erschöpfungszustand bei Problemen, verbunden mit Schwierigkeiten bei der Lebensbewältigung, aufgeführt.

Wenn ich im Folgenden also von einem Burnout-Syndrom spreche, spreche ich immer von einer Depression bzw. einem depressiven Erschöpfungszustand mit der oben beschriebenen Zusatzdiagnostik, die durch die Arbeitssituation ausgelöst wurde.

Dabei kann ein Burnout nicht nur Berufstätige, sondern nahezu alle sozialen Gruppierungen betreffen. Von Schülern, Arbeitslosen und Rentnern sind Krankheitsfälle ebenso bekannt, wie von Menschen, die im Berufsleben stehen.

Der Terminus „Burnout“ wurde im Jahre 1974 erstmals in einem wissenschaftlichen Artikel von dem amerikanischen Psychologen und Psychoanalytiker Herbert Freudenberger gebraucht, als ihm bei Berufstätigen in helfenden Berufen (Ärzte, Pflege- und Rettungsdienstpersonal, aber auch Lehrer, Sozialarbeiter und Erzieher) auffiel, dass diese besonders häufig arbeitsunfähig waren und öfters als andere Berufsgruppen frühverrentet wurden. Ursächlich war eine besonders hohe Arbeitsbelastung bei gleichzeitig besonders hohem persönlichem Engagement. Beide Faktoren führen zum „Ausbrennen“.

Man kann also sagen, dass Grundstein für ein Burnout zum einen eine besonders hohe Arbeitsbelastung ist, zum anderen aber immer auch mit dem persönlichen Anspruch gepaart ist, dieses erhöhte Arbeitspensum mit der gleichen Qualität zu erledigen, wie gewohnt. Diesem Leistungsdruck ist nur bedingt Stand zu halten. Ohne ausreichende Erholungspausen mag dies eine gewisse Zeit vielleicht sogar funktionieren, auf Dauer gesehen führt ein solcher grenzwertiger Einsatz häufig zu Gesundheitsbeeinträchtigungen.

Das Wort „Burnout“ kommt aus dem Englischen, bedeutet „Ausgebranntsein“ und beschreibt einen Zustand großer emotionaler Erschöpfung, der mit einer stark eingeschränkten Leistungsfähigkeit einhergeht. Die Bezeichnung Burnout steht also für eine anhaltende Stressreaktion auf arbeitssituative Belastungen. Es ist ein arbeitsbezogener Erschöpfungszustand, der den Menschen handlungsunfähig macht, und der sich auf allen menschlichen Ebenen auswirkt, sei es körperlich, mental oder emotional sowie im sozialen Miteinander.

„Ausbrennen“ setzt zunächst einmal ein „Brennen“ voraus. Jemand, der an einem Burnout erkrankt ist, muss irgendwann vorher einmal „entflammt“ worden sein, d.h. er muss einen Sinn und/oder eine Herausforderung in seiner Arbeit gesehen haben, sich für seine Arbeit begeistert und seine Arbeit wichtig genommen haben. Doch wo ist der Übergang zwischen begeistertem Engagement und einem Burnout? Wo beginnt der krankmachende Einsatz? Und wieso erleidet unter gleichen Bedingungen der eine ein Burnout,

während ein anderer morgens weiterhin fröhlich zur Arbeit erscheint?

Dazu sei gesagt, dass jeder Mensch über andere Ressourcen und Vorlieben verfügt, und all' das, was mit Freude und freiwillig und gerne getan wird, keinen Stress verursacht. Alles das aber, was getan wird, weil es aus Sicht der Betroffenen getan werden muss, obwohl es keine rechte Freude bereitet, und nicht wirklich gerne getan wird, geht nicht nur mit einem hohen Stresspegel einher, sondern stellt vielmehr überhaupt den alleinigen Stressauslöser dar. Stressempfinden ist also individuell verschieden.

### BEISPIEL:

Wenn zwei Menschen die gleiche Arbeit, das gleiche Arbeitspensum, in der gleichen Zeit und Qualität erledigen sollen, hat es für denjenigen, der diese Arbeit mit Freude verrichtet möglicherweise sogar einen Entspannungsfaktor, während es für denjenigen, der diese Arbeit tut, weil er sie tun soll, obwohl ihm diese Arbeit keine Freude bereitet, unter Umständen einen Stressfaktor darstellt.

Der Schlüssel liegt also in der Freiwilligkeit begründet. Hier wird nun deutlich, dass Burnout die Frage der freien Selbstbestimmung tangiert. Doch warum sagt ein Mensch nicht, was er denkt und will? Dem Ausleben dieser Freiheit in all ihren Facetten stellen sich Ängste in den Weg: Angst, Schwäche zu zeigen, Angst, als Versager zu gelten, Angst davor, NEIN zu sagen, Angst, schlecht beurteilt zu werden oder gar Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, usw. ... Werden diese Ängste vermieden, so verstärken sie sich durch dieses Vermeidungsverhalten und Betroffene geraten so in den Sog der Fremdbestimmung. Zum Burnout führen solche Ängste aber erst dann, wenn das Vermeidungsverhalten so gut gelingt, dass die Angst als solche gar nicht mehr empfunden wird, sondern alle Empfindungen derart gedämpft und überlagert werden, der Betroffene nur noch „funktioniert“ und „bis zum Umfallen arbeitet“. Was dann von der Angst noch wahrgenommen wird, sind körperliche Reaktionen, wie beispielsweise Schwindel, Atemnot und Schmerzen.

Die meisten Burnout-Erkrankten identifizieren sich zu 100 % mit ihrer Arbeit. Gleichzeitig wollen sie in allen anderen Lebensbereichen auch jedem alles recht machen. (In diesem Zusammenhang verweise ich auf meinen Artikel aus der vorherigen Ausgabe des Polizei-Reports auf

Seite 21/22: „Leben – ein Akt der Balance: das soziale Umfeld“.)

„Ich will es allen recht machen.“ – „Ich will und muss immer perfekt sein.“ – „Ich darf keine Fehler machen.“ – „Ich muss Erfolg haben.“ – „Ich darf nicht versagen.“ – „Ich darf keine Schwäche zeigen.“ „Ich kann nicht NEIN sagen,“ et cetera – dies alles sind nur einige Aussagen, die Menschen, die an einem Burnout erkrankt sind oder waren, nicht fremd sind.

Es hängt also maßgeblich davon ab, welche Einstellung ein Mensch zur Arbeit hat, welchen Ansprüchen er glaubt gerecht werden zu müssen, und wie er über sich selbst denkt.

Viele belächeln diese Krankheit solange, bis die Krankheit sie selbst „erwischt“. Burnout und Depression müssen ernst genommen werden, und zwar nicht erst dann, wenn der Mensch bereits krank ist. Innerbetriebliche, bzw. innerbehördliche Prävention ist daher immens wichtig. Entsprechende vorbeugende Maßnahmen und Leistungen zur Verhütung von Krankheiten, betriebliche Gesundheitsförderung und Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren sowie die Förderung der Selbsthilfe sind in den §§ 20-24 b SGB V geregelt.

Leistungsdruck, Konflikte, Mobbing: Depression ist eine Krankheit, die jeden treffen kann. Meist wird sie zu spät erkannt, nicht zuletzt aus Angst vor Stigmatisierung, die viele Menschen dazu treibt, sich erst spät zu dieser Krankheit zu bekennen. Meist sind eindeutige Anzeichen im Vorfeld zu beobachten.

Burnout und Depression kommen nicht von heute auf morgen, sondern sind schleichende Prozesse und verlaufen in Phasen. Erst nach Jahren gelangen die Betroffenen an den Punkt, wo einfach nichts mehr geht und sie total erschöpft sind. Es ist daher sehr wichtig, erste Anzeichen von psychischen Problemen frühzeitig zu erkennen und dann auch gegenüber Betroffenen anzusprechen, und zwar auch dann, wenn Aussagen wie „Ich kann nicht mehr.“ oder „Ich habe keine Kraft mehr!“ ausbleiben. Nur durch das Besprechen der persönlichen Situation können passende Lösungen für Betroffene gefunden werden. Es gilt daher die typischen Warnsignale zu erkennen und sensibel zu sein für auffällige Verhaltensweisen, gerade in der Anfangsphase.

Am Anfang steht oftmals eine große Motivation, nicht nur ein vermehrtes, sondern sogar ein übermäßiges Engagement für bestimmte Ziele. Es ist ein re-

gelrechter Drang, sich selbst und anderen etwas beweisen zu wollen.

Betroffene fühlen sich unentbehrlich und vollkommen. Um das darzustellen, entwerten sie häufig andere Teammitglieder und machen sich so bei Kollegen unbeliebt. Eigene Misserfolge werden verdrängt.

Der Beruf wird zum hauptsächlichen Lebensinhalt.

Im weiteren Verlauf werden die eigenen Bedürfnisse nicht mehr beachtet, soziale Kontakte werden beschränkt. Betroffene isolieren sich von Kollegen, Freunden, dem Partner und/oder der Familie, es beginnt ein Rückzug aus dem gesamten sozialen Umfeld.

Ernst zu nehmende Warnsymptome sind chronische Müdigkeit, Erschöpfung und Konzentrationsschwäche. Entscheidungen fallen schwer oder werden gar nicht mehr getroffen.

Betroffene fühlen sich von anderen gehetzt und tun sich schwer, den Anforderungen gerecht zu werden.

Dadurch haben Betroffene mehr und mehr den Eindruck, in ihrer Arbeit fremdbestimmt zu sein. Sie fühlen sich schließlich wie eine Marionette, an deren Fäden die einen ziehen und gleichzeitig andere zerren.

Es stellt sich bei Betroffenen ein Gefühl des Versagens ein, gepaart mit der Angst, den Anforderungen nicht mehr gewachsen zu sein. Unzufriedenheit kommt

auf. Innere Probleme oder Konflikte werden überspielt und verleugnet.

Krankheitsbedingte Ausfälle am Arbeitsplatz häufen sich. Weil der menschliche Organismus als eine Einheit von Körper, Geist und Seele agiert und reagiert, kommt es vermehrt zu psychosomatischen Beschwerden, wie Schlafstörungen, Kopf- und/oder Rückenschmerzen sowie Herzproblemen. Angststörungen sind weitere Merkmale.

Betroffene suchen oftmals Ablenkung und Trost in Suchtmitteln (meist Alkohol).

In der akuten Phase werden Betroffene von Gefühlen absoluter Verzweiflung, Hilflosigkeit und Hoffnungslosigkeit beherrscht. Die Symptome gleichen hier denen einer Depression:

- gedrückte Stimmung
- Verminderung des Antriebs
- Interessenverlust und Freudlosigkeit (auch keine Freude mehr an Dingen, die früher einmal Spaß gemacht haben)
- verminderte Konzentration und Aufmerksamkeit
- Schlaf- und Angststörungen
- Appetitlosigkeit
- vermindertes Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen
- Schuldgefühle und Gefühle von Wertlosigkeit
- negative Zukunftsperspektiven
- ein nie enden wollendes Grübeln
- eigene Werte werden in Frage gestellt.

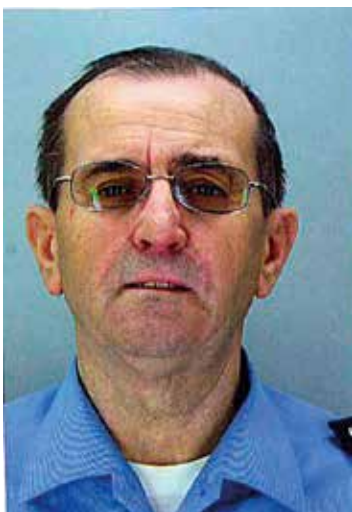
Im Stadium der akuten Phase ist professionelle Hilfe unabdingbar. Betroffene fühlen sich wie ein Hamster in einem Rad, aus dem sie alleine keinen Ausweg mehr finden. Suizidale Absichten sind in diesem Stadium keine Seltenheit. Es empfiehlt sich daher dringend, eine entsprechende psychologische Begleitung zu suchen mit dem Ziel, den Menschen wieder in sein persönliches Gleichgewicht zu bringen.

Dies setzt allerdings bei den Betroffenen eine Bereitschaft voraus, auch wirklich etwas verändern zu wollen. Ohne einen solchen Veränderungswunsch ist weder psychologisches Coaching noch Psychotherapie angezeigt. Sinnvoll sind solche Maßnahmen nur dann, wenn Betroffene zum einen selbst etwas an ihrer Situation ändern wollen, und andererseits noch in der Lage sind, ihr eigenes Denken, Fühlen, Planen und Handeln zu betrachten und reflektieren zu können.

Fehlt es an dieser Fähigkeit, ist ein sinnvolles und erfolgversprechendes kognitiv-verhaltenstherapeutisches Arbeiten nicht möglich. Betroffene sollten dann einen Facharzt aufsuchen bzw. dorthin verwiesen werden.

Petra Menne ■

## NACHRUF WERNER BLYSCHZ



Die GdP Main Taunus trauert mit den Angehörigen um unseren viel zu früh verstorbenen Kollegen und langjähriges Mitglied Werner Blyschz.

Werner, der 10 Jahre lang, von 1984 bis 1994 die Geschicke der Gewerkschaft der Polizei Kreisgruppe Ffm.-West - Main Taunus leitete, vermochte es, der GdP Kreisgruppe Stimme und Gesicht im Landesverband und der Bezirksgruppe der Gewerkschaft zu geben.

Beste Beispiel war die 1994 von Werner organisierte Feier, anlässlich des 40 jährigen Bestehens der GdP Kreisgruppe Main Taunus im Bürgerzentrum Niederhöchstadt.

Im Personalrat der Polizei in Frankfurt/Main, zu der bis in das Jahr 2000 auch die Polizei im Main Taunus Kreis zählte, und dem Werner lange als gewähltes Mitglied angehörte, nahm er jede Gelegenheit wahr, seinen Gerechtigkeitsinn und seine soziale Einstellung zum Wohle der Polizeibeschäftigten Ausdruck zu geben.

Bei der Polizei in Eschborn war Werner eine Institution und Ansprechpartner innerhalb der Kollegenschaft, aber auch aus der Bevölkerung und Politik.

Er war eben Schutzmann aus Leib und Seele.

Aufgrund seiner schweren Krankheit schied Werner 2011 aus dem aktiven Dienst aus.

Leider hat er den Kampf gegen die Krankheit verloren und wir mussten viel zu früh Abschied von Werner nehmen.

Unser Mitgefühl gilt der Ehefrau und den Kindern von Werner.

Die GdP Kreisgruppe Main Taunus wird Werner steht's in ehrender Erinnerung halten.

J.A. ■

# JUNGE STEINBACHERIN MUSS ZWEI JAHRE INS GEFÄNGNIS



Wegen gefährlicher Körperverletzung muss die erheblich vorbestrafte und inzwischen 21 Jahre alte Steinbacherin zwei Jahre ins Gefängnis. Dies wurde nun vor der 8. Großen Jugendstrafkammer in Frankfurt entschieden. Somit wurde das im Januar beim Jugend-Schöffengerichte Frankfurt ergangene Urteil bestätigt, gegen das die Verurteilte über ihre Verteidigerin Berufung eingelegt hatte. Nachdem der vorsitzende Richter der 8. Jugendstrafkammer in der Verhandlung deutlich machte, dass er auf keinen Fall – wie von der Verurteilten erhofft – das zuvor ergangene Strafmaß reduzieren werde, zog die Verteidigerin die Berufung zurück.

Mit einem schwarzen Umhang versehen, der das Gesicht der Angeklagten vor der Fernsehkamera schützte, war die Steinbacherin von ihrer Verteidigerin in den Gerichtssaal geführt worden. Danach wurden vom Richter nahezu 30 Minuten die bisherigen Straftaten der jungen Frau verlesen. Seit 4. März dieses Jahres sitzt sie als mutmaßliche Mittäterin einer Vergewaltigung in Haft. Diese Tat hatte sie in Steinbach nur wenige Wochen nach ihrer Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung begangen, in der die erwähnte zweijährige Haftstrafe ausgesprochen worden war.

## EIN LEBEN VOLLER GEWALT UND BRUTALITÄT

Wie ein roter Faden, so die Ausführungen des vorsitzenden Richters, hatten sich Gewalt und Brutalität durch das junge Leben der jetzt 21 Jahre alten Frau mit türkischer Staatsbürgerschaft gezogen. Zu Hause waren Prügel und Gewaltausbrüche an der Tagesordnung. Ihr brutaler Vater hatte sie ständig – auch bei unbedeutenden Anlässen – verprügelt und

misshandelt. Doch auch außerhalb der Familie war die junge Frau, die zwar einen Schulabschluss aber keine Berufsausbildung hat, Opfer von erheblicher Brutalität geworden. Von ihrem Ex-Freund, einem Zuhälter, war sie vor gut einem Jahr mehrfach vergewaltigt und misshandelt worden. Wie schwerwiegend diese Taten waren, wird durch das bei der 4. Großen Strafkammer in Frankfurt gegen den 14 Jahre alten türkischen Täter deutlich. Dort bekam der Ex-Freund fünf Jahre Gefängnis mit anschließender Sicherungsverwahrung.

Doch die mit Gewalttätigkeiten aufgewachsene junge Frau war nicht nur Opfer. Ihre erlebte Gewalt übertrug sie auch auf andere. Immer waren es Mädchen oder weibliche Jugendliche, die ihre ausgelebte Brutalität zu spüren bekamen. Zahlreiche Jugendstrafen einschließlich Freizeit- und Dauerarrest sowie Jugendfreiheitsstrafen hatten sie nicht von ihrer Gewaltbereitschaft abgehalten.

## AUCH DIE FREUNDIN BLIEB NICHT VERSCHONT

Die jetzige Anklage war wegen eines Ereignisses erfolgt, das für eine Jugendliche am 28. Mai vergangenen Jahres in Bad Homburg begann und einen Tag später in Steinbach ihr Ende fand. Dass es sich bei dem Opfer sogar um die damalige Freundin der Angeklagten handelte, macht deutlich, wie niedrig ihre Hemmschwelle für Gewalttätigkeiten lag. Daran hatten weder ein Antigewalt-Seminar noch erfolgte Therapien etwas geändert.

An jenem Maitag hatte die in Steinbach wohnende Angeklagte, die zur Tatzeit 20 Jahre alt war und deshalb vor der Jugendstrafkammer stand, Brutalität und Gefühlskälte in hohem Maß an ihrer Ex-Freundin deutlich werden lassen. Zufällig war die Angeklagte in Bad Homburg auf die befreundete junge Frau getroffen. Dieser warf sie vor, dass sie sowohl ihre Unterwäsche als auch ihr Parfüm benutzt habe. Außerdem sei die Freundin mit ihrem „Ex“ intim gewesen, war ein Teil ihrer Vorhalte. Danach schlug die Steinbacherin so heftig mit einem Metallrohr auf die

andere Frau ein, dass diese eine Armfraktur davon trug.

## WIE EINEN HUND DURCH DIE STRASSE GEFÜHRT

Doch dies war nicht genug. Die Angeklagte befestigte auch noch ihre mitgeführte Hundeleine am T-Shirt der jungen Frau. Dann zog sie diese wie einen Hund durch die Straßen in Kirdorf. (Bad Homburg) Einer anderen Frau befahl sie zudem, die an der Hundeleine geführte Jugendliche wie einen Hund zu streicheln. „Eine unheimliche Erniedrigung und Gefühlskälte wie ich sie als Richter noch nie erlebt habe“, sagte der Vorsitzende der Jugendstrafkammer hierzu.

Nach dieser Attacke in Bad Homburg wurde die Geschädigte im Auto eines Bekannten der Täterin mit nach Steinbach in deren Wohnung genommen. Auf Grund der heftigen Armschmerzen wurde die Geschädigte am nächsten Tag ins Krankenhaus gebracht, wo ihr die erlittene Armfraktur attestiert wurde. Wie sehr die Verletzte eingeschüchtert worden war, zeigte ihr Verhalten im Krankenhaus. Dort hatte sie als Ursache der schweren Verletzung einen häuslichen Sturz genannt.

Im Zuge des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens war vom Gericht ein Sachverständiger hinzugezogen worden. Er war zu dem Ergebnis gekommen, dass die Steinbacherin Zeichen einer Verhaltensstörung erkennen lasse. Dennoch bezeichnete er die junge Täterin als schulfähig, die sowohl gesteuertes Tatvorgehen zeige als auch erhebliche schädliche Neigungen erkennen lasse.

Nach der Verhandlung wurde die Verurteilte auf Grund des wegen sexuellem Missbrauch gegen sie ergangenen Haftbefehls in die Justizanstalt zurückgebracht. Wann dieses Verfahren – gemeinschaftliche Vergewaltigung – verhandelt wird, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Die Anwältin hingegen brachte ihr Besorgnis gegen ein mögliches Strafmaß von drei oder mehr Jahren vor, da in diesem Fall eine Ausweisung der türkischen Frau zu befürchten sei.

Heinz Habermehl ■

# 32. SKATTURNIER DER KREISGRUPPE LIMBURG-WEILBURG

## TRADITION UND SPIELFREUDE AN EINEM KURZWEILIGEN NACHMITTAG

Den Grundstein für das 32. Skatturnier der Kreisgruppe Limburg-Weilburg legten in diesem Jahr die aktiven Mitspieler selbst. Der 15. November 2012 wurde von den im aktiven Dienst befindlichen Kollegen ausgesucht, um möglichst allen skatbegeisterten Kollegen das Mitspielen zu ermöglichen.

Die Eröffnung des diesjährigen Turniers hatte sein erstes Highlight gleich zu Beginn der Veranstaltung. Der alte, „noch“ Stationsleiter Bernd Janz, und der „bald neue“ Leiter der Polizeistation Weilburg, Bruno Reuscher, gaben gemeinsam den spielfreudigen Kollegen ihre guten Wünsche mit auf den Weg.

Bereits vor dem Beginn des Turniers fand ein reger Austausch unter aktiven und bereits pensionierten Kollegen statt. Natürlich fieberten aber alle der ersten Auslosung entgegen, um endlich in einen hoffentlich erfolgreichen Skatnachmittag starten zu können.

Das uralte Bonbon-Glas, mit zwei GdP-Sternen an den Seiten, musste für die Auslosung wieder erhalten, und nachdem die zwei „Dreiertische“ und der eine „Viertisch“ ausgelost waren, ging es endlich mit den ersten Spielen los.

### MISCHEN, ABHEBEN, DREI – SKAT – VIER – DREI.....

.....so wurden in den nächsten Stunden insgesamt 150 mal die Karten neu gegeben und somit die Grundsteine für den Turnierverlauf gelegt. Natürlich spielen die Erfahrung und auch die Bereitschaft, mal ein kleines Risiko zu wagen eine Rolle.

Auch in diesem Jahr hat sich wieder einmal bewahrheitet – wer nicht wagt, der nicht gewinnt. So wurde an allen drei Tischen immer wieder mal die eigene Karte auf der Hand bis zum Ende ausgereizt und die Hoffnung auf den „Stock“ dann bitter enttäuscht.

In der Summe aller 150 Partien konnten 23 Spiele nicht gewonnen werden, immerhin rund 15%. Interessant in diesem Zusammenhang ist die Feststellung, dass die drei Erstplatzierten im Spielverlauf unterschiedliche Spielverluste in Kauf nehmen mussten. Während der dritt-

platzierte Sven Marksteiner gar kein Spiel verlor, konnte Günther Heger trotz eines Spielverlustes (-98 Punkte) den Gesamtsieg erringen, und Lothar Hölzgen mit sogar zwei verlorenen Spielen (-194 Punkte) immerhin noch Platz 2 belegen.

### NACH ZWEI RUNDEN WAR NOCH NICHT ALLES ENTSCHIEDEN

In den ersten beiden Runden lieferten sich Günther Heger (1015 Punkte) und Michael Leiner (919 Punkte) ein recht dichtes Kopf an Kopf Rennen, während Marco Fähtz (794 Punkte) und Sven Marksteiner (792 Punkte) in Lauerstellung, um den scheinbar für sie nur noch übrig gebliebenen dritten Platz zu kämpfen glaubten.

Die alten Hasen unter uns wissen natürlich, dass eine dritte Runde durchaus noch einmal für einiges Durcheinander sorgen kann. Insbesondere dann, wenn einem das Kartenglück verlässt.

Nach der zweiten Runde hatten natürlich viele den späteren Turniersieger Günther Heger auf ihrer Rechnung, während man auf den letztjährigen Turniersieger eher etwas mitleidig lächelnd schaute. Lothar Hölzgen hatte zwei eher mittelmäßige Runden mit nur 523 Punkten hingelegt und schien mit Blick auf die vier bis dahin „Besten“ hoffnungslos abgeschlagen.

Sieben wirklich gute Blätter in der dritten Runde und auch ein wenig Mut zum Risiko (zwei gewonnene Spiele mit 61 und 62 Punkten) haben Lothar Hölzgen in dieser dritten und letzten Runde noch einmal einen Segen von 666 Punkten beschert. Somit konnte er an vielen Mitspielern noch auf Platz zwei vorbeiziehen und mit immerhin 1189 Punkten einen guten zweiten Platz erreichen.

Die Titelverteidigung ist Lothar leider nicht gelungen, aber auch dieses Turnier hat wieder einen verdienten Sieger hervorgebracht.

Günther Heger hat sich mit drei sehr ausgeglichenen Runden, mit jeweils sehr hohen Punktzahlen, deutlich an die Spitze gesetzt und war in der Summe mit 1453 Punkten mit Abstand „der Mann des Tages“ – herzlichen Glückwunsch sagen an dieser Stelle alle Mitspieler.

Lothar Hölzgen ■



Um diese kleine „Prachtstück“ und natürlich einem „gehaltvollen“ Umschlag sollte in den kommenden Stunden gerungen werden.



Aus der Hand von Rainer Becker erhielt der Zweitplatzierte Lothar Hölzgen (li.) den ausgelobten Geldpreis. Der Titelverteidiger war sichtlich erfreut über diese erneut gute Platzierung.



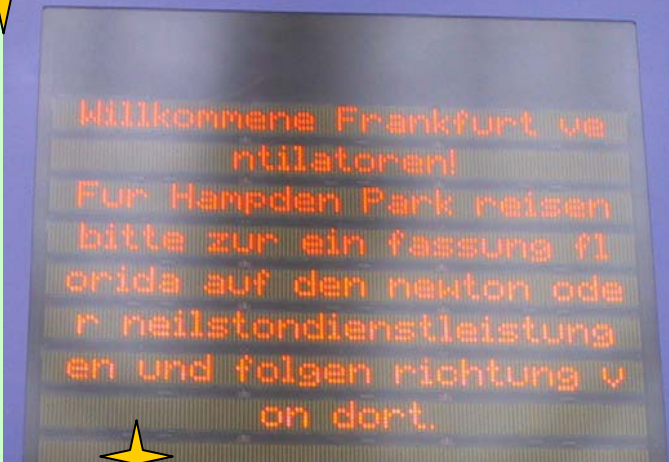
Dritt- und Zweitplatzierte unter sich. Sven Marksteiner und Lothar Hölzgen gratulieren sich gegenseitig zu dem guten Abschneiden in diesem Turnier.



Die drei erfolgreichsten Spieler dieses Nachmittags. Sven Marksteiner (li.) und Lothar Hölzgen (re.) haben den diesjährigen Sieger Günther Heger in ihre Mitte genommen.

Na das nenn ich mal informativ...

**Information**



Blitzlichtgewitter

(Wegweiser zum Stadion für Frankfurt Galaxy Fans im Jahre 2004 am Bahnhof Glasgow/Schottland).

„I get foxdevilswild“

*Ich werde fuchsteufelswild*

English for insiders

„Nicht bewegen!

Ich möchte Sie genau so vergessen, wie sie jetzt sind!“

Hart aber ehrlich

- Füllt die freien Kästchen mit den Zahlen 1 - 9
- Jede Zahl darf in jeder Zeile und in jeder Spalte nur einmal vorkommen
- Auch in jedes der 3x3-Felder dürft Ihr die Zahlen nur jeweils einmal eintragen

		3		7			
	5		3				
				1	3	8	4
6			1	5	2		
8	9		3		7		
			9				3
2					5	9	
	7		4	8	6		
	6		7	2			

Sudoku

Während des Werbespots für Blumen sagt ein Sprecher:  
 „Kaufen Sie noch heute einen Strauß Rosen für die Frau, die sie lieben!“  
 „Typisch“, kommentiert Frau Lehmann, „an die Verheirateten denkt mal wieder keiner!“

Bitte lächeln!

**K - Kopierstauverursacher**  
 Der „Kopierstauverursacher“ zeichnet sich nicht nur dadurch aus, dass er als „verlässlicher Saboteur“ auch den bedienerfreundlichsten Kopierer zum Erliegen bringt. Er ist es auch, der sich mit schöner Regelmäßigkeit aus dem Staub macht, anstatt die verursachte Störung wieder zu beheben. Nicht weniger schlimm sind natürlich auch diejenigen Kollegen, die sogleich ohne Sinn und Verstand Hand anlegen, „um eine aussichtslose Sache noch aussichtsloser zu machen“.

Büroschimpfwörter



Frohe Weihnachten